Ökologisch-Sozialen Fortschritt für Gießen gestalten

Koalitionsvertrag 2021-2026

Von Bündnis90/Die Grünen, SPD und Gießener Linken

Stand: 14. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Für ein besseres Klima ..... - 3 -

Mit Energie zur Klimaneutralität ..... - 4 -

Für eine Verkehrswende in Gießen ..... - 6 -

Politik für die Menschen in der Stadt – Sozialpolitik und Integration ..... - 10 -

Bildung ist ein Menschenrecht – Bildung heißt Zusammenhalt ..... - 19 -

Kultur, Künste und Kreativität ..... - 28 -

Sport und Bewegung ..... - 33 -

Klimagerechte und soziale Stadtentwicklung ..... - 38 -

Unsere Natur in der Stadt ..... - 40 -

Wirtschaftsförderung – Für Zukunftsfähigkeit und eine ökologisch-soziale Transformation ..... - 42 -

Stärkung der Beteiligung von Bürger:innen ..... - 48 -

Digitalisierung aktiv gestalten ..... - 51 -

Nachhaltige und weitsichtige Finanzpolitik ..... - 52 -

Für ein besseres Klima

Der Klimawandel, der sich nicht nur durch das Schmelzen des Polareises, sondern auch in der Zunahme von lokalen Wetterextremen zeigt, wird weltweit von immer mehr Menschen als eine der Bedrohungen des Weltfriedens und Ursache wirtschaftlicher und humanitärer Katastrophen angesehen.

Mit dem Pariser Klimaabkommen 2016 hat sich die Weltgemeinschaft zum Klimaschutz verpflichtet. Die Erderhitzung ist nach der Vereinbarung gegenüber vorindustriellem Niveau auf deutlich unter 2 Grad Celsius, möglichst auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Zur Umsetzung dieser Ziele bedarf es weltweit großer Anstrengungen auf allen Ebenen. Gerade auch auf der kommunalen Ebene können wir einen wichtigen Beitrag leisten, eine maximale Steigung von 1,5 Grad Celsius zu erreichen.

Wir wollen erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger bis 2035 in einer klimaneutralen Stadt leben. Dieses Ziel hat für uns höchste Priorität. Es gibt die Richtung und die Geschwindigkeit im Bereich Verkehr, beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Einsparung von Gebäudeemissionen sowie beim Erhalt und Ausbau von Grünflächen vor.

Den Prozess zur Klimaneutralität wollen wir durch einen Monitoring-Prozess etablieren und als Querschnittsaufgabe innerhalb der Verwaltung stärken.

Durch die Evaluierung unseres Treibhausaustoßes nach dem BISKO-Standard wollen wir erreichen, dass die Stadt nicht nur bis 2035 klimaneutral wird, sondern langfristig auch auf dem Weg dahin nicht mehr CO_2 ausgestoßen wird, als Gießen anteilig am weltweiten CO_2-Budget, das mit dem 1,5 °C-Ziel kompatibel ist, zusteht. Darüber hinaus ausgestoßene Emissionen müssen ökologisch verträglich kompensiert werden.

Für uns hört der Kampf gegen den Klimawandel nicht mit der Klimaneutralität auf. Nachdem die klimapolitische Notbremse gewirkt hat, wollen wir den Rückwärtsgang einlegen. Wir wollen der Atmosphäre CO_2 wieder entziehen und in Kohlenstoffsenken binden. Daher wollen wir

- vorhandene Instrumente der Bauleitplanung nutzen, um den Anteil von Kohlenstoff-bindenden Baustoffen, wie z.B. Holz, bei Neubauten zu erhöhen.
- den Prinzipien der Nachhaltigkeit bei kommunalen Neubauten im Hinblick auf Materialität, Energiekonzepte, Gesamtenergiebilanz u.a. in hohem Maße Rechnung tragen.

- weitere experimentelle Technologien nutzen, die helfen können, freigesetztes CO_2 wieder zu binden. So werden wir beispielsweise prüfen, inwieweit die neuartige Methanpyrolyse-Technologie für einen Einsatz in den Biogasanlagen der SWG geeignet ist.
- mehr CO_2-Senken entwickeln
- anstreben, dass die Stadtverwaltung selbst spätestens bis 2030 klimaneutral arbeitet.

Mit Energie zur Klimaneutralität

Wir wollen saubere und bezahlbare Energie für alle, um bis 2035 in der Stadt Gießen klimaneutral zu leben.

Wir wollen daher

- das Nah- und Fernwärmenetz, sowie CO_2-neutral betriebene Blockheizkraftwerke (BHKW) weiter ausbauen.
- den Aufbau von Quartierslösungen, beispielsweise durch Wärmepumpen fördern, wenn ein Anschluss an das bestehende Fernwärmenetz wirtschaftlich nicht sinnvoll erscheint. In diesem Zusammenhang wollen wir prüfen, ob und wo der Einsatz von Geothermie in Gießen in Frage kommt, und ob ihr Einsatz wirtschaftlich und geologisch gefahrlos möglich ist.
- eine solare Dachflächennutzungspflicht über die Bauleitplanung festsetzen und bei Bestandsflächen, wenn wieder durch Landesgesetz ermöglicht, sowie über städtebauliche Verträge festschreiben.
- eine Fortführung der energetischen Sanierung von öffentlichen Liegenschaften.
- noch nicht genutzte stadteigene Dachflächen (inklusive der kommunalen Unternehmen) weiter mit Photovoltaik-Anlagen ausrüsten.
- weiterhin den Gießener Gebäudepass bezuschussen, der Haus- und Wohnungseigentümer:innen in Stadt und Kreis Gießen ermöglicht, Energieeinsparpotentiale zu entdecken und die Belastung der Innenräume mit Schadstoffen zu überprüfen (Energieberatung).

Stadtwerke Gießen

Wir möchten bei den Stadtwerken Gießen den Charakter eines kommunalen Betriebs in den Vordergrund stellen.

Die Aufgaben der SWG liegen in

- der nachhaltigen und zuverlässigen Versorgung ihrer Kunden mit Strom, Erdgas und Fernwärme,
- dem Betrieb der Schwimmbäder in unserer Stadt,
- dem Vorantreiben der Energiewende,
- dem Betrieb unseres Nahverkehrs,

- der Beratung seiner Kunden in Energiefragen.

Die SWG dienen dem Ziel der Energiewende und der Klimaneutralität. Wir werden prüfen, ob in einer anderen Organisationsform dieses Ziel besser zu realisieren ist.

Zudem wollen wir

- dass die SWG einen Ökostromtarif anbietet, der mit dem Label „Grüner Strom“ zertifiziert ist (Refinanzierung für Energiewende-Projekte).
- uns dafür einsetzen, dass das „E-Revolution“-Programm der SWG ausgebaut und um ein Dachflächen-Pachtangebot erweitert wird. Damit soll künftig die Möglichkeit geschaffen werden, Dachflächen an die SWG zu verpachten, damit diese darauf eine Photovoltaik-Anlage betreiben können.
- den Ausbau der Beteiligung der Stadtwerke an Kraftwerken aus regenerativer Energie.
- die kontinuierliche Fortführung des Energieberichts der SWG.
- die Fortführung des ganzheitlichen Vorgehens im Bereich der Energieberatung
- ein ganzheitliches Konzept der SWG zur weiteren Unterstützung der Stadt-Infrastruktur für die Elektromobilität.

Wir wollen zusätzlich die Möglichkeiten nutzen, die die vom Bund eingeführte CO_2-Steuer bietet, um auch im SWG-Gewerbestrom den Ökostromanteil weiter zu steigern. Unser Ziel bleibt langfristig ein Ökostromanteil von 100% im SWG-Gewerbestrom. Hierbei wollen wir auch die Konkurrenzfähigkeit des SWG-Gewerbestroms im Auge behalten.

Bei der künftigen Anschaffung von Fahrzeugen wollen wir prüfen, welche Antriebstechnologie zur gegebenen Zeit die klimafreundlichste ist. Daran ist, neben der Wirtschaftlichkeit, die Anschaffungsentscheidung auszurichten. Langfristig wollen wir die die Stadtbusflotte klimaneutral bereiben.

Zudem streben wir an, die Mitarbeiter:innen in den kommunalen Tarifvertrag (TV-N) zu übernehmen.

Für eine Verkehrswende in Gießen

Klimaneutralität bis 2035, mehr Platz für alle, bessere Luft und eine leisere Stadt, in der Leben und Arbeiten, Studieren und Einkaufen mehr Freude machen und Lebensqualität bringen, das ist unsere Vision.

Dazu wollen wir eine ambitionierte Verkehrswende und eine gerechte Verteilung des Verkehrsraums schaffen.

Um die klimafreundliche Mobilität zu fördern, wollen wir den Verkehrsentwicklungsplan (VEP) mit der Zielsetzung einer Umverteilung auf Fuß- und Radverkehr sowie ÖPNV aufstellen. Zudem wollen wir erreichen, dass der VEP, wenn möglich, früher als ursprünglich geplant fertiggestellt werden kann.

Dabei wollen wir die Anwohner:innen und die Gießener Stadtgesellschaft weiterhin mit einbinden. Um unnötigen Verkehr zu vermeiden wollen wir die „Stadt der kurzen Wege“, in der alle nötigen Einrichtungen schnell erreichbar sind, zum Prinzip unserer Stadtentwicklung machen. Bei allen Projekten wollen wir auf eine barrierefreie Umsetzung achten.

Um den Fußverkehr zu fördern wollen wir…

- dass neue Gehwege mit einer Mindestbreite von 2,50m gebaut werden.
- rechtswidriges Parken auf Geh- und Radwegen konsequent ahnden und stärker kontrollieren.
- die Stadt durchgängig barrierefrei gestalten und Blindenleitsysteme umsetzen.
- die Ausweisung neuer Fußgänger:innenzonen in der Innenstadt im Kontext des Verkehrsetwicklungsplanes prüfen.
- Grünphasen verlängern und Wartezeiten an Ampeln verkürzen. Fußgänger:innen sollen Ampeln in einer Grünphase vollständig überqueren können.
- Rundumgrünphasen an stark frequentierten Kreuzungen testen.
- Querungsmöglichkeiten schaffen wo sie noch fehlen.
- Die ampelfreie Querung durch Verkehrsinseln ermöglichen.

Um den Radverkehr zu fördern wollen wir…

- durchgängige, komfortable und sichere Radverbindungen in alle Ortsteile und ins Umland.
- verstärkt Fahrradstraßen ausweisen, in denen der Radverkehr Vorrang genießt.
- sichere Radwege an allen Hauptverkehrsstraßen und wo notwendig, die Neuverteilung der Fahrspuren.
- Rechtabbiege-Grünpfeil für Radfahrer:innen an allen geeigneten Kreuzungen.

- Vorgezogene Aufstellflächen für Radfahrer:innen an allen Ampelkreuzungen
- das Gießener Leihradsystem ausbauen, und insbesondere Nordstadt, Weststadt, Wieseck und Kleinlinden anbinden.
- die kostenlose Nutzung des Leihradsystems in den ersten 60 Minuten.
- den Ausbau von (überdachten) Fahrradabstellanlagen an Schulen, zentralen Orten, an Haltestellen und am Bahnhof.
- die Förderung von privaten Lastenrädern vorzugsweise für Familien mit Kindern und mit einer erhöhten Förderung für Gießen-Pass-Besitzer:innen.
- die Förderung eines Lastenradverleihsystem.
- Fahrradkurse für Menschen, die noch kein Fahrrad fahren können.
- Ladestationen für E-Bikes in der Innenstadt und entlang touristischer Radrouten.
- die Grüne Welle an Ampeln für Radfahrende ausrichten.
- den Radverkehrsentwicklungsplan im Sinne einer umfassenden Netzplanung fortschreiben.

Um die Nutzung des ÖPNV zu fördern wollen wir…

- den Ausbau von Schienenstrecken und Zugverbindungen, insbesondere in die ländliche Umgebung.
- eine bessere Anbindung der Ortsteile.
- eine Takterhöhung im ÖPNV auf mindestens 10 Minuten in der Innenstadt, mindestens 20 Minuten in die Stadtteile und 30 Minuten für Bahnen.
- die zeitnahe Schaffung einer Regio-S-Bahn durch neue Bahnhaltepunkte in der Stadt.
- Nachtzüge nach Marburg und Frankfurt mit Busanschluss in Gießen in der Gegenverbindung.
- die Schaffung einer Regiotram im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfen.
- die Überdachung von Haltestellen weiter ausbauen.
- den Raum für die Mitnahme von Fahrzeugen von Menschen mit Behinderung und von Fahrrädern im ÖPNV erhöhen.
- die Nahverkehrsplanung enger mit dem Kreis abstimmen.
- eine Expressbuslinie vom Bahnhof zum Philosophikum schaffen und die Anbindung der Wohnheime verbessern.
- einen Fernbusbahnhof an der Lahnstraße.
- ein kostenloses ÖPNV Monatsticket für Neubürger:innen.
- den ÖPNV am Stadtfest für alle kostenlos anbieten.
- Wochen-, Monats- und Jahreskarten auf 20% des RMV-Preises für Gießen-Pass-Inhaber:innen reduzieren.

Um den Verkehr zu beruhigen und klimagerechter zu gestalten, wollen wir

- eine Ladesäuleninfrastruktur für Elektroautos an städtischen Einrichtungen durch die SWG bereitstellen.
- E-Carsharing-Angebote in den Quartieren durch die SWG oder andere geeignete Anbieter schaffen.
- die Herstellung von Kostenwahrheit für Parkplätze im öffentlichen Raum durch angemessene Parkraumbewirtschaftung und ein angepasstes Anwohner:innenparkkonzept.
- ein verbessertes Parkleitsystem zur Vermeidung von Parksuchverkehr.
- Park&Ride Angebote am Stadtrand einrichten um die Innenstadt vom Autoverkehr zu entlasten.
- bei Bund und Land für Geschwindigkeit 100 auf dem Gießener Ring eintreten, um die Lärmbelastung für Anwohner:innen zu reduzieren.
- LKW-Durchgangsverkehr in den Ortsteilen nach Möglichkeit beschränken.
- eine Geschwindigkeitsharmonisierung durch Ausweisung von Tempo 30 Zonen und Tempo 30 Abschnitten wo diese rechtlich möglich sind.
- Verkehrsberuhigung für Wohnviertel durch bauliche Veränderung, Durchfahrtsverbote und modale Filter unter Einbeziehung der Anwohner:innen.

Dazu wollen wir insbesondere in den nächsten fünf Jahren…

- den Verkehrsversuch auf dem Anlagenring so schnell wie möglich umsetzen und Konzepte für eine dauerhafte Lösung entwickeln.
- die Bahnhofsunterführung in Richtung Lahnstraße verlängern.
- Vorrang für Fußgänger:innen und Radverkehr auf dem Campusplatz in der Rathenaustraße.
- eine dauerhafte Brücke über die Wieseckmündung schaffen.
- die Unterführung Bahnhofstraße-Sieboldstraße entlang der Wieseck barrierefrei ausbauen.
- Querungsmöglichkeiten an der Rodheimer Straße nahe dem Oswaldsgarten einrichten.
- die Querung der Frankfurter Straße auf Höhe der Alicenstraße ermöglichen, um einen barrierefreien Fuß- und Radweg entlang der Wieseck zu schaffen.
- eine autoarme Innenstadt innerhalb des Anlagenrings, indem wir öffentliche Parkplätze reduzieren. Ausgenommen Anwohner:innen, Menschen mit Behinderung, soziale Dienste und Lieferverkehr.
- die Umgestaltung und Entsiegelung des Brandplatzes vom Parkraum zum Erlebnisraum realisieren und im Rahmen einer Machbarkeitsstudie unter Berücksichtigung der Belange des

Gießener Wochenmarktes, der Anwohner:innen und dem ansässigen Gewerbe/Handel planen.

- Flächen in der Stadt entsiegeln und zu Grünflächen umfunktionieren.
- dass die Stadt selbst nicht in neue, öffentliche Tief- und Parkgaragen investiert.
- Radwege entlang der gesamten Ludwigstraße ausweisen.
- die Anbindung der Studierendenwohnheime Grünenberger Straße an das Philosophikum verbessern.
- vor Abschluss der Planung des Fahrradweges an der Philosophenstraße kurzfristig, im Rahmen eines Verkehrsversuchs die Philosophenstraße zur Fahrradstraße umgestalten, damit eine schnelle Verbesserung für den Radverkehr eintritt. Gleichzeitig wollen wir ohne Verzögerung das Planfeststellungsverfahren für den Fahrradweg durchführen. Wenn dieser abgeschlossen ist und aufzeigt, dass er naturschutzrechtlich möglich ist, wollen wir den Weg realisieren.
- die Stellplatzsatzung reformieren.

Politik für die Menschen in der Stadt – Sozialpolitik und Integration

In Städten wie Gießen gilt es, angesichts des demografischen Wandels, der zunehmenden sozialen Unterschiede und der kulturellen Vielfalt den Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft zu bewahren, soziale Spaltung und Ausgrenzung zu verhindern und dafür zu sorgen, dass alle, die hier leben, sich mit dieser Stadt identifizieren können, gerne in ihr leben, wohnen und arbeiten.

Kindertagesstätten und Kinderbetreuung, Jugendhilfe und Jugendförderung

Kindertagesstätten sind neben Bildungseinrichtungen auch professionelle und verlässliche Betreuungseinrichtungen. Die Angebote werden wir so flexibel ausgestalten, dass sie den Anforderungen der Familien gerecht werden und ihnen eine möglichst große Wahlfreiheit lassen.

Viele Studien haben gezeigt, wie entscheidend die soziale Herkunft für die Bildungs- und Berufschancen von Kindern ist. Gerade Kitas, die geprägt sind durch einen hohen Anteil von Kindern aus armen oder von Armut bedrohten Familien und Kindern mit Migrationshintergrund, bedürfen deshalb unserer besonderen Aufmerksamkeit. Wir wollen allen Kindern optimale Startchancen verschaffen.

Deshalb wollen wir:

- den Ausbau der Kitabetreuung, so dass genügend Plätze nach Bedarf der Familien vorhanden sind. Dabei halten wir an der Pluralität von Kommune, freien Trägern der Wohlfahrtspflege und freien Initiativen fest und wollen die bewährte Trägervielfalt erhalten.
- den Gießener Weg der Entwicklung von Familienzentren weiter verfolgen und alle städtischen Kitas zu integrierten Einrichtungen für Kinder und Familien machen.
- die Betreuung gerade für unter dreijährige Kinder qualitativ verbessern. Das Ziel sollte entsprechend fachlichen Empfehlungen ein Betreuungsschlüssel von 1:3 sein, d.h. eine Betreuungsperson für drei Kinder (derzeitiger Schlüssel: 1:4,5)
- kleinere Gruppengrößen insbesondere in Einrichtungen mit einem hohen Anteil armer und armutsgefährdeter und dadurch in ihrer Entwicklung bedrohter Kinder.
- flexible Öffnungszeiten zwischen 7 und 18 Uhr.
- jede Kita in die Lage versetzen, ein eigenständiges pädagogisches Profil zu entwickeln.
- dazu die Zusammenarbeit mit universitären Einrichtungen fördern und weiterentwickeln.
- vermehrte Fort- und Weiterbildung sowie Supervision für Erzieher:innen.
- die Arbeit von Tagesmüttern und –vätern unterstützen, indem wir ihre Qualifizierung fördern und für eine angemessene sozialversicherungsrechtliche Absicherung sorgen, da für uns ihre Arbeit ein unverzichtbarer Baustein der Kinderbetreuung in der Stadt ist.

Wir entwickeln die Spielflächen für Kinder in der Stadt weiter und wollen auf dem Schiffenberg den Spiel-Raum für Kinder durch einen Erlebnisspielplatz aufwerten.

Es soll geprüft werden, ob die Überführung der städtischen Kindertagesstätten in einen Eigenbetrieb organisatorische Vorteile zeigt. Wir wollen prüfen, ob die Betreuung in kleinen Gruppen von bis zu 5 Kindern auch in sogenannten „Pflegenestern“, d. h. in speziell dafür angemieteten Wohnungen, stattfinden kann und die dort tätigen Kindertagespflegepersonen bei der Stadt oder einem freien Träger fest angestellt werden können.

Jugendhilfe ist eine wichtige präventive Aufgabe und verhindert spätere höhere Ausgaben.
Wir wollen deshalb:

- ausreichend und qualifiziertes Personal im Bereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes: ein:e Mitarbeiter:in sollte nicht mehr als 35 Familien betreuen.
- neue Wege in der Prävention gehen: nach dem Vorbild des isländischen Modells "Planet Youth" soll die weitere Entwicklung der Jugend- und Sozialarbeit flächendeckend mit wissenschaftlicher Begleitung erfolgen durch einen Dreiklang von Information, Elternarbeit und Ausbau von organisierten Freizeitangeboten, z.B. durch eine "Freizeitkarte" für jedes Kind bei Teilnahme an qualitativ hochwertiger organisierter Freizeitgestaltung (Musik, Kunst, darstellendes Spiel, Sport). (s.a. Programmteil Sport).
  Dabei werden wir sozialraumbezogen vorgehen und dabei sowohl die bestehende Jugendarbeit in der Kernstadt als auch die Situation und die Bedarfe in den Vorortsteilen Allendorf, Kleinlinden, Lützellinden und Rödgen und Wieseck in den Blick nehmen.
- ein Kinderschutzteam einrichten, in dem schwerpunktmäßig alle Verdachtsmeldungen auf Mißbrauch und Misshandlung in der Familie bearbeitet werden
- die Arbeit von Pflegeeltern weiter qualifizieren und stärken und dadurch neue Pflegeeltern gewinnen. Wir wollen auch unbegleitete minderjährige Jugendliche an Pflegeeltern vermitteln.
- wo immer es möglich und zweckdienlich ist, Aufgaben an freie Träger der Jugendhilfe übergeben, um der Verwaltung und dem allgemeinen sozialen Dienst (ASD) ausreichend Ressourcen für notwendige Steuerungs- und Kontrollaufgaben zur Verfügung zu stellen

Die Einrichtungen der Jugendberufshilfe werden weiter finanziell gefördert.

Das Projekt „Jugend im Rathaus“ wird weitergeführt. Ebenso werden die vielfältigen Partizipationsprojekten mit Kindern und Jugendlichen fortgeführt und ausgeweitet.

Entwicklung lebendiger Gemeinwesen

Die Gemeinwesenprojekte in der Nord- und Weststadt sowie am Eulenkopf und in der Margaretenhütte hatten und haben eine wichtige Funktion für die Entwicklung dieser Quartiere und Stadtteile und erhalten weiterhin eine städtische Förderung.

Wir wollen die Möglichkeiten der Bund-/Länder-Programme „Sozialer Zusammenhalt“, sowie die daran anknüpfenden Investitionsprogramme für Nord- und Weststadt sowie am „Eulenkopf“ mit dem Ziel der Stabilisierung und Aufwertung der Quartiere, der Sicherung des Wohnungsbestandes und der sozialen Infrastruktur, der Etablierung der Beteiligungsformen, und der erweiterten Teilhabemöglichkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner im Hinblick auf Bildung, Ausbildung und Qualifizierung auch zukünftig nutzen.

In der nächsten Wahlperiode werden wir prüfen, ob das Programm auch in anderen Stadtteilen angewandt werden soll.

Integration – gesellschaftlichen Zusammenhang stärken

In Gießen leben seit langem Menschen aus 150 unterschiedlichen Ländern und Kulturen.

Wir wollen:

- das bestehende breite Angebot der VHS an Sprach- und Integrationskursen erweitern und für spezifische Bedarfe differenzieren (Kurse für Analphabet:innen, Kinderbetreuung während der Kurse, spezielle Kurse für Frauen); dies ist der wesentliche Baustein zur Integration von Geflüchteten und Migrant:innen.
- ehrenamtliche Tätigkeit in diesem Bereich (z.B. durch "an.ge.kommen e.V.") weiter unterstützen.
- die Ausländerbehörde weiter von einer reinen Ordnungsbehörde zu einer Dienstleistungsbehörde verändern.
- dass Vereine und Organisationen, in denen sich Migrant:innen organisieren, besser in die Kommunalpolitik einbezogen werden. Wir halten am gewählten Ausländerbeirat fest und möchten unabhängig davon Migrant:innenselbstorganisationen stärker in die Kommunalpolitik miteinbeziehen.
- die Arbeit am Handlungskonzept Integration fortsetzen, sowie die Vorhaben zur kulturellen Öffnung der Verwaltung und der Regelinstitutionen weiter entwickeln.

- dass Gießen sich weiterhin als "sicherer Hafen" für Geflüchtete versteht. Wir setzen uns ein für die weitere fachliche Diskussion und evtl. ergänzende und weiterführende Positionierungen und Beschlüsse.
- interessierten zugewanderten Familien möchten wir ein Kulturstipendium ermöglichen, durch das sie gemeinsam mit anderen Familien regelmäßig kulturelle Veranstaltungen wie Theater, Museen, Ausstellungen u.ä. besuchen können.

Seniorinnen und Senioren

Höhere Lebenserwartung, bessere Bildung und größere Mobilität haben die Lebenssituation alter Menschen positiv verändert. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die den Menschen auch im Alter ein Leben in Würde und Selbstständigkeit sowie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Wir wollen:

- ein ausreichendes Angebot an seniorengerechten Wohnungen
- Modellprojekte für Generationen übergreifendes Wohnen unterstützen
- das Thema altergerechtes Wohnen sowohl beim Fachdienst Wohnen als auch bei der Beratungs- und Koordinierungsstelle für ältere und pflegebedürftige Menschen (Beko) stärken
- die Weiterentwicklung der Altenhilfeplanung
- eine angemessene Unterstützung der Arbeit ambulanter und stationärer Hospizdienste
- Berücksichtigung von mobilitätseingeschränkten und älteren Menschen im Verkehrsentwicklungsplan (VEP)

Menschen mit Behinderung

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgeschrieben und ist seit 2009 auch in Deutschland geltendes Recht. Hieraus ist eine besondere Verpflichtung aller staatlichen Ebenen zur Verwirklichung von Teilhabe entstanden.

Wir wollen

- die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu einer Leitlinie städtischen Handelns machen und institutionelle Barrieren abbauen.
- die wohnortnahe Inklusion von Kindern mit Behinderungen in allen Betreuungs- und Bildungseinrichtungen ausbauen.
- bei städtischen Planungen, in Bussen und Bahnen sowie im Straßenverkehr die Belange von Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigen, d.h.: Gießen barrierefrei!

- dass die städtischen Ämter Informationen, Anträge und Formblätter in sogenannter "einfacher" Sprache verfassen.
- dass im Rathaus die Barrierefreiheit auch ausgedehnt wird auf Informationssysteme (Symbole, Blindenschrift (Brailleschrift) u.a.) für Menschen mit Behinderungen

Gießen-Pass

Der Gießen-Pass erleichtert es Menschen mit geringem Einkommen, am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dieses Angebot wollen wir weiter erhalten und weiterentwickeln.

Wir werden prüfen, ob Schüler:innen mit Bafög oder mit Bezug von Berufsausbildungshilfe in den Nutzerkreis mit aufgenommen werden können.

Im Leihfahrradsystem soll es Ermäßigungen für Gießen-Pass-Inhaber:innen geben. Bei allen Gießen-Pass-berechtigten Kinder und Jugendlichen soll die Anschaffung eines Fahrrads bezuschusst werden, sowie Kurse zum Erlernen des Schwimmens. Zudem wollen wir private Lastenräder für Gießen-Pass-Besitzer:innen mit einer erhöhten Förderung unterstützen.

Dauerkarten sollen auf 20% des RMV-Preises reduziert werden. Die Monats- und Jahreskarten berechtigen dazu den ÖPNV im RMV Gebiet am Wochenende kostenfrei zu nutzen.

Energie- und Wassersperren wollen wir durch Absprache mit den Versorgungsunternehmen weitgehend vermeiden. Energiesperren bei Familien mit Kindern müssen ganz vermieden werden. Wir werden Projekte fördern, die Verbraucher:innen beim Energieverbrauch beraten und einen Härtefallfonds initiieren.

Arbeitsmarktpolitik

Einrichtungen wie die Jugendwerkstatt, das Zentrum für Arbeit und Umwelt (ZAUG), die Initiative Jugendberufshilfe (IJB), oder die Arbeitslosenhilfe e.V. Gießen weiterhin finanzieren und die Mittel, die die Stadt Gießen in den letzten Jahren für diese Arbeit zur Verfügung gestellt hat (ca. 750.000€ jährlich), in einem eigenen Budget für Ausbildung und Arbeitsmarktqualifizierung festschreiben und sichern sowie auf eine vertragliche Basis stellen.

Die Strategien zu diesem Handlungsfeld sollen verstärkt sozialraumbezogen analysiert, geplant und

umgesetzt werden. Wir wollen mit einem lokalen Bündnis für Ausbildung mit allen an Ausbildung Beteiligten geeignete Vorschläge entwickeln, um allen ausbildungsinteressierten Jugendlichen eine Perspektive zu ermöglichen.

Politik für ein buntes Leben

Wir setzen uns seit jeher für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und transidenten Menschen ein. Wir heißen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Gießen willkommen.

Wir wollen

- Beratung und Selbsthilfe unterstützen.
- angehen gegen Diskriminierung und Mehrfachdiskriminierung (etwa aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Hautfarbe, Beeinträchtigung, Religion, Alter, Gewicht).
- lesbische und schwule Selbsthilfe- und Beratungsstellen stärken und dabei intersektionales Engagement weiter fördern.
- das entsprechende Beratungsangebot für Migrant:innen und entsprechende Fortbildungscurricula verstärken.
- dazu beitragen, dass die Beratungsarbeit so aufgestellt wird, dass sie weiterhin die sich verändernde queere Szene erreicht.
- die Lebenssituation von Regenbogenfamilien und jungen queeren Menschen verbessern, Kitas, Schulen und Jugendhilfe für das Thema sensibilisieren und Aufklärung und Beratung leisten.
- queere Kultur stützen und öffentlich machen.
- die Arbeit des Vereins Antidiskriminierung Mittelhessen e.V. unterstützen und weiterentwickeln

Emanzipiertes Gießen

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der von der Quotenregelung nicht mehr die Rede ist, für eine Gesellschaft, in der die Verantwortung und soziale Zuständigkeit für alle Menschen zwischen Männern und Frauen ehrlich verteilt ist. Leider sind aber in unserer Gesellschaft Frauen in vielen Bereichen weiterhin benachteiligt und im besonderen auf Grund weiter bestehender patriarchaler Strukturen von Gewalt und sexueller Belästigung bedroht. Deshalb unterstützen wir die Bestrebungen, "catcalling" (verbale sexuelle Belästigung) strafbar zu machen.

Wir setzten uns selbstverständlich ein für die Selbstbestimmung von Frauen über ihren Körper als Teil ihrer Selbstbestimmung und ihrem Recht auf Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Dazu gehört auch die Abschaffung des § 219a, der verhindert, dass Frauen sich über die Möglichkeiten eines Schwangerschaftsabbruches umfassend informieren können.

Wir werden daran arbeiten, dass alle städtischen Gremien verbindlich paritätisch besetzt werden.

Zum Schutz vor Gewalt wollen wir:

- eine gesicherte Finanzierung der Frauenhäuser, damit der Nachfrage entsprochen werden kann
- uns darum kümmern, dass die „Oase“, das Haus für wohnungslose Frauen, bedarfsgerecht ausgestattet und erweitert wird und unbürokratisch Notunterkünfte zur Verfügung gestellt werden
- die städischen Zuschüsse für „Unvergesslich weiblich“, „Wildwasser“ und „Liebig9“ sichern
- die Arbeit des bestehenden Runden Tisches Prostitution sowie die Weiterführung von Beratung und Streetwork in der Prostitution weiter unterstützen
- die Unterstützung von „Medinetz“ zur Betreuung von schwangeren Frauen ohne Krankenschein, bis das Land Hessen den anonymen Krankenschein eingeführt hat
- ein vergünstigtes, kommunal finanziertes Minicar für Frauen in der Nacht.
- mehr Benennungen von öffentlichen Plätzen und Straßen nach Frauen.
- die Istanbul Konvention als städtische Aufgabe verankern.

Gesundheit für alle

Die Möglichkeit, sein eigenes Leben aktiv und sinnhaft zu gestalten und am öffentlichen Leben teilhaben zu können, ist eine wichtige Voraussetzung körperlicher und seelischer Gesundheit. Ebenso können chronische Erkrankungen die Selbstgestaltungsmöglichkeit dauerhaft behindern und es bedarf spezieller gesellschaftlicher Hilfestellung.

Deshalb wollen wir:

- die Zusammenarbeit von Erziehungsberatungsstellen und Familienbildung mit den Kindertagesstätten fördern, um frühzeitig Probleme von Kindern im Vorschulbereich zu erkennen und zu behandeln (s.a. unter „Junges Gießen“, Stichwort: Familienzentren).
- ein strukturiertes Alkohol- und Drogenpräventionsprogramm, das Aufklärung, Elternarbeit sowie alternative Freizeitgestaltung beinhaltet („planet youth“).
- die Drogenberatungsstelle weiterhin unterstützen und fördern.
- die AIDS-Hilfe weiterhin unterstützen.
- die niedrigschwelligen Angebote speziell für chronisch Alkoholkranke weiter verbessern, d.h. Die Fortführung und evt.. Erweiterung der Straßensozialarbeit
- das Projekt „Housing First“ auch nach Auslaufen der EU-Förderung nach Möglichkeit weiterführen
- für Wohnsitzlose mit Hund verbesserte Übernachtungs- und Betreuungsmöglichkeiten entwickeln

- mehr Platz für Fußgänger:innen und Radfahrer:innen sowie mehr Spielraum für Kinder, um Bewegungsmöglichkeiten zu verbessern und eine andere Bewegungskultur zu etablieren

Vereine und Ehrenamt

Gießen hat eine lange zivilgesellschaftliche Tradition und ein reges Vereinsleben. Dies unterstützen wir auch mit der Förderung der Vereine "Ehrenamt "und "freiwillig sozial aktiv", die Anlaufstellen für freiwilliges Engagement sind und wichtige Netzwerk und Projektarbeit leisten. Die vorhandenen Vergünstigungen für städtische Vereine in den stadteigenen Tagungsräumen und Häusern bleiben erhalten.

Wohnen in öffentlicher Verantwortung

Wir wollen…

- die Wohnbau Gießen im Besitz der Stadt erhalten; ein Verkauf kommt für uns nicht in Frage.
- den Wohnungsbestand stetig energetisch sanieren, möglichst im Passivhaus-Standard.
- alle finanziellen Spielräume nutzen, damit die Mietpreise auch nach Sanierung für Menschen mit niedrigem Einkommen bezahlbar sind.
- den sozialen Wohnungsbau angemessen weiterentwickeln und dabei auch neue Instrumente nutzen, z.B. den Ankauf von Immobilien (statt eigenem Neubau), um die Mietpreise günstig zu halten.
- das kommunale Wohnraumversorgungskonzept erfüllen und mit stärkerer Einbindung des Landkreises Gießen und der Anrainergemeinden weiterentwickeln; dafür werden wir alle Instrumente des sozialen Wohnungsbaus nutzen: das städtische Investitionsprogramm "Soziales Wohnen", eine Sozialwohnungsquote im privaten Wohnungsbau sowie insbesondere den Erwerb von Belegungsrechten mit Unterstützung des Landesprogramms. Mit diesen Instrumenten sollen mindestens 150 weitere Sozialwohnungen pro Jahr geschaffen werden.
- Gemeinschaftswohnformen ermöglichen und unterstützen.
- eine Umzugsagentur einrichten, um Menschen zu unterstützen, die in eine kleinere Wohnung umziehen wollen.
- mindestens 20% der Wohnungsbauten barrierefrei errichten.
- das betreute Wohnen in Zusammenarbeit mit den Betreuungseinrichtungen normieren und ausbauen.
- ein weiteres städtisches Investitionsprogramm „Soziales Wohnen“ auflegen, das die Errichtung von zusätzlichen 100 sozial geförderten Wohnungen für die Bürger:innen mit dem

Wohnberechtigungsschein für mittlere Einkommen in Gießen mit 10.000.- € pro Wohneinheit fördert, um auch dieser Bevölkerungsgruppe den Zugang zu einer Sozialwohnung zu ermöglichen;

- die Einnahmen aus der Fehlbelegungsabgabe in die Sicherung und Förderung des sozialen Wohnungsbestands (Erweiterung Belegungsbindungen) investieren
- den "Runden Tisch Wohnen" und den AK Soziale Wohnungsversorgung fortsetzen
- einen qualifizierten Mietspiegel für die Stadt einführen

Fairer Handel

Wir stehen für einen global gerechten Interessenausgleich, der allen Menschen ein lebenswürdiges Dasein, frei von Armut und Umweltverschmutzung, auf unserem gemeinsamen Planeten ermöglicht. Denn nach wie vor leben weltweit über eine Milliarde Menschen am Rande des Existenzminimums. 30.000 Menschen sterben täglich an den Folgen von Armut und Hunger.

Auch Kommunen wie Gießen können Einfluss auf globale Armutsprobleme und so genannte Nord-Süd-Belange nehmen.

Wir wollen:

- das städtische Beschaffungswesen Schritt für Schritt komplett auf fairen Produkteinkauf ausrichten
- die Arbeit der Fair-Trade-Steuerungsgruppe und des Vereins Solidarische Welt zu Nord-Süd Problematiken weiter finanziell unterstützen
- die Fairtrade-Town-Initiative fest in der Stadt verankern, d.h. die Verwendung von fair gehandelten Produkten in Cafes, Restaurants, öffentlichen Einrichtungen, Vereinen und Kirchen aktiv bewerben und entsprechende Siegel vergeben
- eine Schule als „Fairtrade-Schule“ gewinnen
- die kommunalpolitische Entwicklungspolitik als Aufgabenfeld in der Stadtverwaltung verankern auch nach Auslaufen des Kepol-Projektes
- öffentlichkeitswirksame Aktionen zu Nord-Süd-Thematiken durchführen, etwa im Rahmen der Fairen Woche oder des Tags der Nachhaltigkeit.
- die Städtepartnerschaft mit San Juan del Sur in Nicaragua beibehalten.

Bildung ist ein Menschenrecht – Bildung heißt Zusammenhalt

Wir werden als Schulträger unsere Bemühungen um gute Rahmenbedingungen für die Schulen in Gießen fortsetzen und weiterentwickeln. Schwerpunkte sind dabei Investitionen in Bau und Infrastruktur, Digitalisierung, Ganztagsschulen, Inklusion, gesunde Schulverpflegung, sichere Schulwege, Schulsozialarbeit und Förderung multiprofessioneller Teams in Schule und Unterricht.

Investitionen in Schulen

Mit umfangreichen Investitionen wollen wir auch in dieser Wahlperiode unsere Schulen weiter ertüchtigen und ihre Zukunft sichern. Steigende Schüler:innenzahlen, sich wandelnde Rahmenbedingungen und Aufgaben der Schulen sowie veränderte Anforderungen an das Lehren und Lernen und zum Teil Schulgebäude, die in die Jahre gekommen sind, sowie die Verbesserung der energetischen Bedingungen begründen den Handlungsbedarf. Bei der Neustrukturierung, beim Neubau und der Sanierung einschließlich der energetischen Sanierung von Schulen werden wir als Schulträger von Anfang an eine enge Kooperation zwischen Schulgemeinde und Bauexperten organisieren. Architektur soll dabei ebenso Teil der pädagogischen Konzeption sein, wie pädagogische Zielsetzungen Grundlage der architektonischen Überlegungen werden müssen.

Geeignete räumliche Bedingungen sind für uns eine wichtige Rahmensetzung für Schulentwicklung und die Qualität von Schulen.

Nachhaltiges Bauen und nachhaltige Bildung sind in diesem Zusammenhang wichtige Ziele, „Bildung zur Nachhaltigkeit“ stellt dabei ein wichtiges pädagogisches Ziel dar, nachhaltiges Planen und Bauen ist Anspruch an Architektur für zukunftsorientierte Schulgebäude mit ihren Außengeländen.

Digitalisierung der Schulen

Auf Grundlage des von der Stadtverordnetenversammlung 2018 beschlossenen Medienentwicklungsplanes wollen wir in der Universitätsstadt Gießen den Digitalpakt zügig umsetzen und so gute Voraussetzungen für digitales Lernen und digitale Unterrichtsmedien schaffen.

Zur Umsetzung der Maßnahmen sind abgestimmtes Handeln und die Kooperation zwischen Vertreter:innen der verschiedenen Schulen, dem Staatlichen Schulamts sowie dem Schulträger notwendig.

Bei der Digitalisierung der Gießener Schulen sind folgende Gesichtspunkte leitend:

- Die Schulen entscheiden im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten auf der Grundlage ihres eigenen Medienbildungskonzepts über ihre IT-Ausstattung. Schulträger,

Staatliches Schulamt und das M@us-Zentrum unterstützen die Konzeptentwicklung und deren Fortschreibung.

- Der IT-Support erfolgt durch entsprechend qualifiziertes Fachpersonal erfolgen und ist bei Problemen für Lernende und Lehrende schnell erreichbar sein. Deshalb werden wir unser Stellenkontingent als Schulträger für IT-Support weiter ausbauen und über den Hessischen Städtetag mit der Landesregierung über eine Verstärkung der finanziellen Förderung verhandeln.
- Wir werden ein bedarfsgerechtes Verleihsystem für Schüler:innen einrichten, die über keine digitalen Endgeräte verfügen. Der Verleih erfolgt über die einzelnen Schulen, weil sie Bedarfe am besten kennen.
- Wir werden bei der Bereitstellung digitaler Infrastruktur insbesondere auch auf eine bedarfsgerechte, individualisierte IT-Ausstattung von Schüler:innen mit Behinderungen in Förderschulen und im inklusiven Unterricht achten.
- Das regionale Medienzentrum soll Partner für die Jugendarbeit sein. Dort können Konzepte zur Förderung der Medienkompetenz in der außerschulischen Jugend(bildungs)arbeit entwickelt bzw. adaptiert werden.

Ganztägig arbeitende Schulen

In den letzten Jahren haben sich, auch durch entsprechende Programme des Landes, nahezu alle Gießener Grundschulen zu ganztätig arbeitenden Schulen und Ganztagsschulen mit Angeboten von 07:30 bis 17:00 Uhr weiterentwickelt. Diesen Prozess wollen wir weiter unterstützen.

Wir werden prüfen, ob zukünftig auch die Betreuungszeit von 16:00 bis 17:00 Uhr kostenfrei angeboten werden kann.

Im Bereich der Sekundarstufe I werden wir die Einrichtung von ganztägig arbeitenden Schulen weiter fördern, auch durch verstärkte Zusammenarbeit der Schulen mit Sportvereinen, Musikschule, Theater, Künstler:innen und Kreativen etc.

Inklusion und sonderpädagogische Förderung

Seit dem Schuljahr 2017/18 bilden die Schulen unter Regie des Staatlichen Schulamtes und unter Beteiligung des Schulträgers ein inklusives Schulbündnis, in dem die Zuständigkeiten für Förderbedarfe und die Verteilung von Ressourcen abgestimmt werden. Darüber sind alle Schulen in die Entwicklung der inklusiven Bildung in der Stadt beteiligt und können ihre eigenen Konzepte entsprechend ausrichten.

Gelingende Inklusion braucht multiprofessionelle Teams aus Lehrkräften der allgemeinen Schulen, Förderschulpädagog:innen, Sozialpädagog:innen und Teilhabeassistent:innen.

Wir werden uns als Schulträger in den inklusiven Schulbündnissen der Stadt dafür einsetzen, dass Förderschulpädagog:innen mit möglichst voller Stundenzahl in jeweils einer allgemeinen Schulen eingesetzt werden.

Wir werden die Arbeit von multiprofessionellen Teams im inklusiven Unterricht fördern und uns für eine bessere Qualifizierung der Teilhabeassistent:innen einsetzen.

Wir werden die Wahlfreiheit der Eltern von Kindern mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung zwischen allgemeiner und Förderschule gewährleisten.

Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung werden wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten mit den beiden Förderschulen und dem Staatlichen Schulamt beraten, mit welchen Aufgaben und Profilen sowie in welcher Organisationsform die beiden Standorte Albert-Schweitzer-Schule und Helmut-von-Bracken-Schule weiterentwickelt werden können.

Gesunde Schulverpflegung

Ein umfassender Ausbau ganztägig arbeitender Schulen erfordert ein breites Angebot an gesunder Schulverpflegung. Die „Leistungen für Bildung und Teilhabe“ ermöglichen Kindern aus Familien, die wenig Geld haben, ein für die Familien kostenfreies Mittagessen. Wir werden weiterhin offensiv über die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets informieren, damit möglichst viele Familien dies nutzen. Dabei werden wir Ihnen beratend und unterstützend zur Seite stehen.

Wir werden als Schulträger in institutionalisierten Arbeitskreisen unter Beteiligung von Schulen, Eltern und Schüler:innen einen ganzheitlichen Ansatz gesunder Schulverpflegung weiterentwickeln.

Durch entsprechende Ausstattungen ermöglichen wir Schulen, im Rahmen des Unterrichts gesunde Mahlzeiten selbst herzustellen.

Wir setzen uns dafür ein, dass das Schulessen aus regionalen, saisonalen und Bioprodukten besteht. Wir wollen Schulen und Caterer beratend unterstützen, die ihr Essensangebot stärker vegetarisch oder vegan ausbauen wollen.

Sichere Schulwege und selbständige Mobilität von Schüler:innen

Wir wollen, dass die Gießener Schüler:innen den Schulweg selbständig und sicher bewältigen können. Deshalb wollen wir „Elterntaxis“ überflüssig machen und keine „Hol- und Bringplätze“ an den Schulen einrichten.

Damit Schüler:innen gerne zu Fuß zur Schule laufen, müssen Schulwege attraktiv und sicher sein. Daher müssen bei der Gestaltung des Verkehrsraumes die Interessen von Kindern weitestgehend berücksichtigt werden.

Wir werden Schulen dabei unterstützen, Projekte für altersgerechte sichere und selbständige Bewältigung von Schulwegen zu planen und durchzuführen.

Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Begleitung an Schulen

Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Begleitung an Schulen soll eine systematische und professionelle Verknüpfung von Schule und Jugendhilfe gewährleisten.

Wir wollen Schulsozialarbeit an Grundschulen, Gesamtschulen Mittelstufenschule und Beruflichen Schulen stärken und das Team der Sozialpädagog:innen bei Gießen@Schule um mehrere Stellen aufstocken.

Die im Landesprogramm „Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte (UBUS)“ angestellten Sozialpädagog:innen sind Teil der angestrebten multiprofessionellen Teams an Schulen. Wir werden in Kooperation von Staatlichem Schulamt, Schulverwaltungsamt und Gießen@Schule gGmbH für die sozialpädagogischen Fachkräfte, für Teilhabeassistent:innen im inklusiven Unterricht, und die beteiligten Schulleitungen und Lehrkräfte kontinuierliche Fortbildungen bzw. Fachtage zum Thema „Multiprofessionelle Teams“ fördern.

Gleiche Chancen von Anfang an

In Gießen sind überdurchschnittlich viele Kinder einem Armutsrisiko ausgesetzt. Jedes vierte Kind in dieser Stadt lebt in Familien, die Transferleistungen nach dem SGB II erhalten.

Kommunale Verantwortung kann diese Bedingungen ohne Unterstützung des Landes und des Bundes nicht alleine verändern, Folgen jedoch abfedernd gestalten. Deshalb haben wir in unseren Bildungseinrichtungen umfassend Rahmenbedingungen geschaffen, um die Teilhabe an Bildung zu gewährleisten. Stichworte sind hier Gebührenstaffelung nach Einkommen im Bereich der Kindertagestätten, Ausbau der ganztägig arbeitenden Schulen und gebührenfreie Teilnahme an Ganztagsangeboten der Grundschulen, Ausbau der ganztägig arbeitenden weiterführenden Schulen,

Aufbau der Schulsozialarbeit, Gießen-Pass für Bildungsangebote der Volkshoch- und Musikschule. Dies werden wir weiterführen.

Vielfalt als Chance

In einer Stadt wie Gießen, die in besonderer Weise durch Vielfalt und Zuwanderungen geprägt ist, kommt allen Schulen in besonderer Weise die Aufgabe zu, durch geeignete Konzepte zur Integration der zugewanderten Kinder und ihrer Eltern beizutragen und der jeweils spezifischen Situation und den Bildungsbiografien dieser Kinder gerecht zu werden. Diesem Anspruch werden die Schulen in Gießen in hohem Maße gerecht.

Als Schulträger werden wir eigene Beiträge zur Unterstützung der Schulen leisten. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für die Förderung der sprachlichen Kompetenz in Vorlaufkursen gewährleisten, ermöglichen, dass zugewanderte Kinder mit Aufnahme in die Schule Ganztagsangebote wahrnehmen, durch geeignete Informationen auf die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets hinweisen, Schulsozialarbeit und sozialpädagogische Begleitung interkulturell ausrichten. Wir bieten über das Büro für Integration der Universitätsstadt Gießen Integrationslotsen und Laiendolmetscher zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Lehrkräften und Eltern, und werden die Förderung der sprachlichen Kompetenz durch Projekte der kulturellen Bildung in Kooperation mit Grundschulen durchführen.

Übergänge transparent und abgestimmt gestalten

Im Einzelnen geht es um

- die Unterstützung des Netzwerkes Gelingender Übergang sowie der Kooperationsbeziehungen zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen;
- umfassende Informationen für Eltern im Übergang von Klasse 4 nach 5 sowie im Übergang nach Klasse 9 oder 10 in Berufliche Schulen oder gymnasiale Oberstufen;
- ein regionales Bildungssystem, das jederzeit Übergänge zwischen Schulformen ermöglicht.

Der besonderen Bedeutung des Übergangs von der Schule in den Beruf werden wir gerecht, indem wir:

- in allen Hauptschulklassen ab Klasse 7 Angebote zur vertieften Berufsorientierung fortführen;
- kommunale Initiativen entwickeln, damit auch im Rahmen der Realschulbildung entsprechende Angebote der Berufsorientierung vorgehalten werden;
- die Arbeit der Koordinierungsstelle Jugend und Beruf und das Netzwerk OLoV (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule Beruf) stärken und fortführen,

- das Projekt „Qualifizierte Ausbildungsbegleitung in Schule und Beruf“ fortsetzen,
- im Rahmen der Bildungsberichterstattung den Bereich Schule – Beruf besonders hervorheben, und die Übergänge nach ausgewählten Indikatoren untersucht lassen,
- den regelmäßigen Austausch zwischen Kommune, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Kammern und weiteren Akteur:innen institutionalisieren,
- die engere Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität mit dem Ziel anstreben, die Ergebnisse der Forschung besser zu nutzen, kommunale Initiativen zu evaluieren sowie Studierenden Felderfahrungen zu ermöglichen,
- uns dafür einsetzen, dass Angebote der Berufsorientierung und – beratung auch Jugendlichen ermöglicht werden, die studienqualifizierende Abschlüsse anstreben. Dies gilt sowohl für akademische Berufe als auch für Ausbildungsberufe, die mit Fachoberschulabschluss oder Abitur angestrebt werden;
- ein Netzwerk als „Wissensnetz Berufseinstieg“ initiieren, in dem Menschen mit langjähriger Berufserfahrung (ehrenamtlich) und Menschen mit pädagogischer Expertise (hauptamtlich) junge Menschen dabei unterstützen, ihre eigenen Erwartungen und Interessen mit beruflichen Anforderungen und Karrieremöglichkeiten übereinzubringen und den Übergang begleiten..

Beteiligung der Eltern- und Schülervertretungen

Eltern- und Schülervertretungen sind für die Entwicklung von Schulen wichtige Beteiligungsgremien. Die Vorhaben von Stadtelternbeirat und Stadtschülerrat werden wir auch zukünftig finanziell fördern und organisatorisch unterstützen sowie den regelmäßigen Austausch zwischen Schulträger und den Gremien auf Stadtebene pflegen.

Schulentwicklungsprojekte

Neue gesellschaftliche Herausforderungen finden ihren Niederschlag immer auch im Bildungssystem und in den Schulen. Von daher werden die Diskussionen um Klimawandel und Nachhaltigkeit in den Schulen und von Schüler:innen engagiert und intensiv geführt. Dies wollen wir unterstützen, indem wir ein Schulentwicklungsprogramm zu den Themen des Klimawandels und der Klimaneutralität auf den Weg bringen, das potenziell allen Schulen offensteht und Schulen nach Bewerbung mit Mitteln ausstattet, die ihnen die Umsetzung von projekt- und handlungsorientierten Projekten in allen Lernbereichen ermöglicht.

Ganztägig arbeitende Grundschulen

Wir werden

- Grundschulen unterstützen, die sich zu pädagogisch selbständigen Schulen (PSES) weiterentwickeln wollen;
- die Sozialraumorientierung der Grundschulen weiter fördern und Kooperationen mit Gemeinwesenarbeit, Vereinen und Stadtteilinitiativen stärken;
- Grundschulen stärken und unterstützen, wenn sie nach Profil 3 als gebundene Ganztagsschule arbeiten wollen;
- insbesondere auch Grundschulen stärken und unterstützen, die ein inklusives Schulprogramm entwickeln;
- das Modell der „Familienklassen“ weiter ausbauen und weitere Angebote zur Unterstützung von Familien auch an Grundschulen initiieren und Grundschulen fördern, die sich zu Familienzentren entwickeln wollen;
- Leihsysteme innerhalb der Schulen für Lernmaterialien und Instrumente ausbauen;
- Schulen unterstützen, die Modelle des flexiblen Schulanfangs umsetzen;
- die Angebote der pädagogischen Ferienprojekte für Grundschulkinder ausweiten.

Umfassende Bildungsangebote an den weiterführenden Schulen sichern

Unser Ziel bleibt, schulische Entwicklungsvorhaben zu fördern, die auf inklusive Bildung, individuelle Förderung, gemeinsames Lernen und soziale Entwicklung abzielen, durch die alle Kinder und Jugendliche ihre Talente bestmöglich entwickeln können und Brüche in der Bildungsbiografie vermieden werden.

Deshalb werden wir

- den Ausbau der ganztägig arbeitenden Schulen im Bereich der Sekundarstufe I weiter fördern sowie die Entwicklung von gebundenen Systemen an einzelnen Standorten maßgeblich unterstützen;
- Kooperationen mit Vereinen, Jugendarbeit, aber auch der kommunalen Musikschule, weiter unterstützen;
- Familienklassen als Modell einer guten Partnerschaft zwischen Schule und Elternhaus auch in den Klassen 5 und 6 ermöglichen;
- die Schulen unterstützen, die sich zu pädagogisch selbständigen Schulen (PSES) entwickeln wollen;
- neue Raumkonzepte und andere Lernumgebungen, Mensen, Bibliotheken und Bühnen für Präsentationen u.ä. weiter entwickeln;
- Leihsysteme innerhalb der Schulen für Lernmaterialien und Instrumente ausbauen;

- die vielfältigen studienqualifizierenden Oberstufenangebote – Fachoberschulen, Berufliche Gymnasien, Abendschule und gymnasiale Oberstufen – in ihrem Bestand sichern.

Berufliche Bildung als Instrument der Fachkräftesicherung

Investitionen in Berufliche Schulen sind in hohem Maße bedeutsam für die Sicherung von Fachkräften in der Region und damit für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsraumes.

Heute bestimmt Arbeit 4.0 den Handlungsbedarf für alle Beruflichen Schulen, es geht um eine geeignete digitale Infrastruktur, um neue Lernumgebungen und einen hohen technischen Ausstattungsbedarf.

Wir werden als Schulträger

- die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen und die für die digitale Transformation der Beruflichen Bildung notwendigen Labore und multifunktionalen Werkstätten und Arbeitsräume sicherstellen.
- Veränderungen im regionalen Berufs- und Ausbildungsbereich frühzeitig bei der Fortschreibung der Schulentwicklungspläne berücksichtigen;
- (hoffentlich unterstützt durch weitere Sonderprogramme des Landes) die Modernisierung und Innovationsfähigkeit der Schulen durch entsprechende bauliche Maßnahmen und Ausstattungen sicherstellen;
- die Bildungsgänge der Vollzeitschulformen im Rahmen der Schulentwicklungsplanung sichern;
- die organisatorische und finanzielle Förderung von produktions- und projektorientiertem Lernen fördern;
- die Produktionsschule weiter fördern.

Jugendbildungswerk

Wir werden

- den Bildungsurlaub Israel und der Frieden im Nahen Osten mit Aufenthalt in Israel fortführen und möglichst ausweiten;
- weitere wichtige Angebote wie z.B. Grundausbildung von Mitarbeiter:innen in der Kinder- und Jugendarbeit (Jugendleitercard – JULEICA), Digitale Kompetenzbildung, Angebote zur Gewaltprävention und das Deeskalationstraining, die Formate Café Queer, Sexuelle Vielfalt, „Willkommen in Gießen“ – InteA-Alltagskompetenztraining, „Mitreden – mitmachen – mitbestimmen“ - Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Stadt Gießen weiter unterstützen und fördern;

- das Jugend- und Kulturzentrum energetisch sanieren und Barrierefreiheit weiter herstellen;
- die digitale Ausstattung bedarfsgerecht ausbauen.

Musikschule

Die Musikschule ist Bestandteil der kommunalen kulturellen Grundversorgung und trägt mit ihrer musikpädagogischen Qualität zur Bereicherung des kulturellen Lebens in unserer Stadt bei. Sie kooperiert mit vielen Kitas und Schulen sowie in besonderer Weise mit dem Stadttheater.

Wir werden

- den Bestand der Musikschule sichern und ihr Angebot weiter ausbauen. In diesem Rahmen werden wir Sanierungen, IT-Ausstattung u.a. bedarfsgerecht vornehmen;
- weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse für unterrichtende Dozent:innen der Musikschule schaffen.

Bildung als lebensbegleitender Prozess – Sicherung einer eigenständigen kommunalen Volkshochschule

Der Volkshochschule der Universitätsstadt Gießen kommt im Bereich der Fort- und Weiterbildung eine bedeutsame Rolle zu. Die Kooperation zwischen den Volkshochschulen der Universitätsstadt Gießen und des Landkreises Gießen wurde gemäß Kooperationsvertrag weiterentwickelt, sodass die jeweiligen Profile geschärft wurden, abgestimmte Veranstaltungsangebote vorgehalten und auch gemeinsame Vorhaben durchgeführt werden.

Insbesondere wurden die Angebote im Bereich Deutsch als Zweitsprache gestärkt. Die Volkshochschule übernimmt damit einen wichtigen Beitrag zur Integration neuer Gießener:innen.

Wir werden

- die Volkshochschule weiter als eigenständige Institution erhalten.
- digitales Lernen, online-Formate, interaktive Lernplattformen und ein Mix aus Präsenz- und online-Angeboten verstärkt in das Programm aufnehmen, und entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote für Dozent:innen zur Verfügung stehen;
- die Arbeitsbedingungen für die Dozent:innen verbessern.

Kultur, Künste und Kreativität

Kultur und Künste gehören für uns zur öffentlichen Daseinsfürsorge – ihre Förderung verstehen wir als kommunale Pflichtaufgabe. Unserer Ansicht nach muss Kulturpolitik von den folgenden Prinzipien getragen sein: Teilhabegerechtigkeit, Inklusion, Vielfalt und Subsidiarität. Alle Aktivitäten im Bereich Kunst und Kultur, die sich diesen Prinzipien verpflichtet fühlen und auf diesem Fundament die Freiheit der Kunst garantieren, wollen wir fördern.

Nur ein konstruktives Zusammenwirken der staatlichen und nicht staatlichen Akteure kann die pluralistische Gesellschaft mitgestalten. Es ist unser Ziel, die bestehende kulturelle Vielfalt zu erhalten und zu stärken, sowie die kulturellen Akteur:innen weiterhin zu fördern. Das kulturelle Leitbild der Stadt Gießen wollen wir gemeinsam mit Kulturschaffenden stets lebendig und aktuell halten.

Kultur gelingt nur zusammen

Wir wollen Kooperationen der kulturellen Akteur:innen untereinander, zwischen Stadt und Hochschule, sowie zwischen der Kulturszene und der Kreativwirtschaft fördern, indem wir beispielsweise die Infrastruktur für eine solche Vernetzung schaffen und gemeinschaftliche Aktionen unterstützen. Strukturen, wie die Raumstation3539 müssen gestärkt und verstetigt werden. Neue Formate, die die Sichtbarkeit der Kunst- und Kulturszene erhöhen, sollen ausprobiert werden. Wir setzen uns für den Ausbau der Kooperationsverträge des Theaters mit Schulen, Vereinen und Gruppen zur Förderung der kulturellen Integration und Verständigung ein. Es ist uns wichtig, kulturelle Themen zunehmend mit breiter öffentlicher Beteiligung in Angriff zu nehmen.

Wir begrüßen ausdrücklich den Vorschlag aus dem Kulturforum, einen selbständigen Kulturbeirat zu bilden, der alle Angelegenheiten, die die Kultur- und Kreativszene in Gießen betreffen, behandelt. Dessen Aufgaben und Zusammensetzung sollen gemeinsam mit den kulturellen Akteur:innen erarbeitet werden.

Kultur und Künste brauchen Räume

Wir schaffen, pflegen, unterstützen und erhalten Strukturen und Räume für Kunst und Kultur. Daher wollen wir alle Förderungen in diesem Bereich fortsetzen. Wir wollen, dass das Kulturrathaus weiterhin ein Ort für Veranstaltungen, Konzerte und Ausstellungen bleibt und möchten die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek ausweiten. Die Kongresshalle ist fester Bestandteil im Herzen unserer Stadt Teil der Gießener Identität. Wir wollen das denkmalgeschützte Ensemble insgesamt aufwerten und die Attraktivität, die Funktionalität erhöhen und dabei den historisch, bedeutsamen, architektonischen Gesamtcharakter erhalten. Dafür wollen wir auf Grundlage der Planung für die Neustrukturierung, den

Umbau und der baulichen Ergänzungen, die aus dem zweiphasigen Realisierungswettbewerb als Preissieger hervorgegangen ist, die noch ausstehenden Bauphasen neu bewerten sowie den veränderten Bedarfe für Kongress und Veranstaltungsräumen, insbesondere nach den Jahren 2020/21, Rechnung tragen

Das Stadttheater, als Leuchtturm der Gießener Kulturlandschaft wollen wir weiter fördern und unterstützen. Wir werden das Stadttheater mit seinen drei Sparten mit philharmonischem Orchester und dem taT weiter – gemäß Theatervertrag – sichern und nicht nur als künstlerische Produktionsstätte mit Bildungs- und Innovationsauftrag, sondern auch als Ort des Diskurses der Stadtgesellschaft verstehen. Wir werden unseren Teil dazu leisten, dass weiterhin Landesmittel für Investitionen und Ausbau abgerufen werden.

Um dem Auftrag der kulturellen Daseinsvorsorge gerecht zu werden, müssen von Seiten der Stadt Räume für kulturelle Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Daher unterstützen wir die Entstehung neuer Kulturorte insbesondere in der Innenstadt und versuchen die bestehenden zu erhalten. Insbesondere wollen wir uns für einen zeitgemäßen Raum für 200 – 450 Besucher:innen einsetzen. Darüber hinaus wollen wir im öffentlichen Raum freie Räume zur kreativen Entfaltung von Street-Artists schaffen.

Ein neues „Denkmal bürgerlichen Gemeinsinns“

Wir wollen die nächsten Schritte für die Umnutzung der Alten Feuerwache als Kulturgewerbehof und damit als Wirkungsstätte für die vielfältige Szene von Künstler:innen, Kreativunternehmen und Akteur:innen im Bereich des Social Entrepreneurship einleiten. Wir werden ein solches Zentrum unterstützen und die Raumstation3539 als wesentliche Akteurin mit einbeziehen.

Wir wollen die Urbanautik weiterhin mit dem Leerstandsmanagement unterstützen, sowie weitere Maßnahmen aus dem Kulturentwicklungsplan in einem partizipativen Prozess regelmäßig überprüfen und umsetzen.

Kultur braucht Förderung

Wir brauchen das bürgerschaftliche Engagement, wie auch private Sponsoren, ohne die die Vielfalt der Kulturarbeit nicht möglich wäre – auch wenn dies nicht Ersatz für öffentliche Förderung sein kann.

Wir werden die Mitarbeit der Ehrenamtlichen ausbauen, die Vielfalt des Gießener Kulturlebens stärker sichtbar machen (zum Beispiel durch einen Kulturatlas), Kultur-Einrichtungen und Künstler:innen – auch in den kommenden schwierigen Zeiten mit und nach Corona – als gemeinschafts- und identitätsstiftend fördern, sowie weiterhin an der Einwerbung von Fördermitteln aus Stiftungen, Fonds

etc. arbeiten und Akteure bei der Mittelakquise intensiv beraten. Um dies zu gewährleisten, wollen wir in der Kulturförderung die Kooperation von Kulturamt und Wirtschaftsförderung stärken und weiter ausbauen. Kostenfreie Eintritte für die Museen, die Kunsthalle, den Musikalischen Sommer auf dem Schiffenberg und bei anderen städtischen Veranstaltungen wollen wir beibehalten.

Wir wollen zunehmend partizipative Projekte sowie inter- und transkulturelle Projekte in unserer Stadt anstoßen, den „Tag der Kulturen“ als Teil des Stadtfest beibehalten, die Initiative für ein Psychiatriemuseum unterstützen und den partizipativen Ansatz des Stadtlabors weiterführen.

Kultur braucht unterschiedliche Veranstaltungsformate

Wir werden weiterhin an der Verstetigung und Sicherung einer breiten und qualitätsvollen Angebotsstruktur unterschiedlichster Veranstaltungsformate arbeiten und die bestehenden Formate stets überprüfen und ggf. verbessern. Wir sind offen für neue Ideen und Projekte und wollen im Bereich der Koordination unsere Anstrengungen verstärken. Außerdem wollen wir beim Gießener Stadtfest Musik-, Performance- und Theaterdarbietungen noch stärker in den Vordergrund rücken und uns dafür einsetzen, dass das musikalische Angebot abends länger ermöglicht wird. Das „Stadt ohne Meer“-Festival wollen wir gemeinsam mit OK KID weiterentwickeln. Zudem wollen wir ein Festival für die demokratische Kultur etablieren.

Attraktives Nachtleben

Ein:e in der Szene verankerte ehrenamtliche:n Nachtbürgermeister:in soll das Nachtleben in Gießen noch attraktiver machen und als Vermittler:in zwischen den Akteur:innen eines aktiven Nachtlebens und der Verwaltung aufzeigen, wo Verbesserungen gewünscht werden und bei Konflikten als Vermittler:in fungieren. Gleichzeitig wollen wir uns bemühen, ein attraktives Nachtleben in zentrumsnahen Bereichen zu erhalten und zu stärken und ein Abwandern an die Stadtränder zu verhindern. Dies soll unter anderem dadurch erreicht werden, dass das Vergnügungsstättenkonzept an die Bundesgesetzgebung angepasst wird. Außerdem wollen wir Akteur:innen aktiv bei der Suche nach Räumen für die Ausgeh-, Musik- und Clubkultur unterstützen.

Für viele Gießener:innen sind privat organisierte und unkommerzielle Musikveranstaltungen unter freiem Himmel besonders attraktiv. In einem partizipativen Prozess wollen wir einen Weg finden, diese legal zu ermöglichen. Zum Beispiel durch eine Satzung, die Spontanparties an festgelegten Orten erlaubt. Dabei muss selbstverständlich der Naturschutz, die Sicherheit, sowie die Interessen von in der Nähe wohnenden Menschen beachtet werden.

Barrierefreie Kultur – Kultur ist für alle da

Wir wollen allen Menschen in dieser Stadt ermöglichen, am kulturellen Leben teilzunehmen und teilzuhaben, also aktiv mitzugestalten. Es gilt sichtbare und unsichtbare Barrieren abzubauen. Daher wollen wir Kulturinitiativen und Vereine bei Umbaumaßnahmen finanziell unterstützen.

Kinder haben ein Recht auf Kultur und Künste

Wir wollen Initiativen auf dem Gebiet der kulturellen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen weiterhin fördern und unterstützen. Einschlägige Institutionen wie Stadttheater, Kommunale Musikschule, Museen, Kunsthalle und Stadtbibliothek möchten wir bei den Vorhaben, die sich an Kinder und Jugendliche richten, nachhaltig unterstützen, sowie darüber hinaus eine „Gesamtstrategie kulturelle Teilhabe für Kinder und Jugendliche“ auf den Weg bringen. Diese soll das Ziel haben, dass jedes Kind in Gießen nicht nur an kulturellen Angeboten teilnehmen, sondern sich auch aktiv in das kulturelle Leben einbringen kann. Die Unterstützung von Initiativen und Institutionen, die die Leseförderung von Kindern zum Ziel haben, sehen wir als einen wichtigen Baustein der kulturellen und auch gesellschaftlichen Teilhabe.

Wir wollen in diesem Bereich Strukturen der Koordination und Vernetzung schaffen, insbesondere zwischen schulischen und außerschulischen Projekten, sowie das Angebot für Kinder und Jugendliche deutlich ausweiten. Die Förderprogramme des Landes und des Bundes wie etwa „Kulturkoffer“ und „Kultur macht stark“ wollen wir durch ein in der Stadt abgestimmtes Vorgehen intensiv nutzen und dafür Sorge tragen, dass insbesondere Kinder und Jugendliche, die bislang keinen Zugang zu kulturellen Aktivitäten haben, an diesen Angeboten teilhaben können. In diesem Zuge wollen wir auch das kulturelle Angebot der städtischen Jugendzentren weiter ausbauen. Wir wollen Eltern dabei unterstützen, dass sie die Möglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepakets auch für die kulturelle Bildung ihrer Kinder nutzen und einen Raum für Kinder- und Jugendtheater schaffen.

Außerdem wollen wir die Kooperation des Oberhessischen Museums und der Kunsthalle mit Schulen und die Vermittlungsformate in den städtischen Einrichtungen ausbauen, weiterhin Angebote der Kunstvermittlung fördern, die sich der Heranführung an Kunst, insbesondere des jungen Publikums, widmen, sowie die Kooperation zwischen Stadt und Hochschulen ausbauen im Sinne einer „Stadt als Campus“.

Wir halten daran fest, dass am Ende der Grundschulzeit jedes Kind das Stadttheater und das Mathematikum besucht, sowie den Bibliotheks- und Museumsführerschein erworben hat. Wir werden auch zukünftig Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“ und die damit verbundene Kooperation

von Grundschulen und Musikschulen fördern und ausbauen, sowie die musikalische Frühförderung in den Kindertagesstätten stärken. Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten des künstlerischen Selbsttuns von Kindern und Jugendlichen ausweiten.

Kultur braucht Geschichte und Erinnerung

Wir fördern die Aufarbeitung der Gießener Vergangenheit in Ausstellungen, Publikationen und Gedenkstrukturen als bedeutenden Teil unserer städtischen Identität.

Wir wollen architektonisch, historisch und technisch bedeutende Gebäude und Ensembles für die Zukunft erhalten. Für ökologisch notwendige Sanierungen und Ergänzungen wollen wir adäquate Lösungen finden.

Die positive Entwicklung des Oberhessischen Museums in den letzten Jahren möchten wir durch eine Verstetigung des Budgets und der Stellen weiter unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass durch Mittelbereitstellung die Neukonzeptionierung der Dauerausstellung sowie die Sanierung im Alten Schloss fortgesetzt werden kann. Außerdem wollen wir unter Bürger:innenbeteiligung das ehemalige Notaufnahmelager als Lern- und Gedenkort entwickeln, sowie den Schiffenberg weiterentwickeln. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Liebigmuseum UNESCO Weltkulturerbe wird. Das Stadtarchiv möchten wir als Serviceeinrichtung und stadtgeschichtliches Kompetenzzentrum festigen.

Wir setzen uns für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte unserer Stadt ein, insbesondere für die Erinnerung an die Opfer von Faschismus und Rassismus. Wir wollen die Umbenennung aller Straßen und Gebäude, die Personen ehren, die in faschistischen Parteien und Bewegungen aktiv waren. Wir möchten uns mit unserer Erinnerungskultur und ihren Orten und Formaten weiter auseinandersetzen und dabei auch die „Gießener Köpfe“ mit einbeziehen. Wir unterstützen die Verlegung weiterer Stolpersteine gegen das Vergessen und prüfen zeitgemäße Denkmäler als Orte der Erinnerungskultur. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode ausdrücklich Projekte der postkolonialen Erinnerungskultur unterstützen. Es ist uns ein Anliegen die Geschichte des Manischen zu erforschen und ins Bewusstsein rufen.

Sport und Bewegung

Sport und Bewegung machen Spaß und haben eine hohe gesellschaftliche und gesundheitliche Bedeutung. Werte wie Fair Play, Respekt und Toleranz fördern gemeinschaftliches Engagement, wirken völkerverbindend und stärken so den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Sportvereine und –verbände übernehmen in vielen Bereichen soziale Verantwortung und sind Orte der Begegnung, des Austauschs und des sportlichen Wettbewerbs. Der ehrenamtliche Einsatz im und außerhalb des organisierten Sports sind im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar. Der Sport ist folgerichtig in der hessischen Verfassung verankert.

Für die Koalition gehören Sport und Bewegung zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Wir sehen die Förderung von Sport und Bewegung als kommunale Pflichtaufgabe.

Die Sportförderung hat dabei für eine Kommune wie Gießen eine eminent wichtige Bedeutung, da der Sport vor Ort durch seine präventive und integrative Arbeit dabei hilft, teure Folgekosten zu vermeiden. Die Überarbeitung der Sportförderrichtlinie und die Änderungen, die vor allem den Jüngsten im Sport zugutekommen, haben sich in den letzten Jahren bewährt. Hierfür soll unter anderem auch die geänderte Sportförderrichtlinie unter den Gesichtspunkten Zielrichtung und Verwaltungsaufwand nochmal in den Blick genommen werden. Im Rahmen eines breiter gefassten Alkohol- und Drogenpräventionskonzeptes wollen wir das Angebot für Kinder und Jugendliche auch in der Breite qualifizieren. Weiter wollen wir der noch zu geringen Sichtbarkeit von Frauen und Mädchen im Sport Rechnung tragen.

Die klare Positionierung gegen demokratiefeindliche Bestrebungen sind ebenso Bestandteile einer Weiterentwicklung, wie die Sensibilisierung für LSBTIQ: Menschen im organisierten Sport.

Für die folgende Legislaturperiode gilt es an Entstandenes und Bewährtes anzuknüpfen und nun im Sinne der Nachhaltigkeit unter Einbeziehung der Aspekte des Klimaschutzes die Sportangebote und die Sportinfrastruktur Gießens, in Form einer Sportentwicklungsplanung, insbesondere mit Blick auf ungedeckte Sportanlagen weiterzuentwickeln.

Zum Erhalt und zur nachhaltigen Sicherung der sportlichen Infrastruktur Gießens wollen wir noch stärker Synergien zwischen unterschiedlichen Akteuren in Vereinen und Verbänden, Schulen und Hochschulen, der Stadt Gießen sowie den angrenzenden Kommunen und dem Landkreis fördern.

Die dynamische Online-Datenbank (www.sport-service.org) ist in Kooperation mit dem Landkreis Gießen, dem Sportkreis Gießen und dem Geographischen Institut der Universität Gießen entwickelt

worden und erfasst über 400 Sportstätten und rund 600 Sportanlagen in Stadt und Landkreis Gießen. Der Ausbau dieses Projekts soll mit Anknüpfung an die Sportdatenbanken des Landes Hessens und ggf. des Bundes unterstützt werden.

Sport, Spiel und Bewegung bei Kindern und Jugendlichen stärken

Die Förderung des Kinder- und Jugendsports soll nach wie vor besondere Priorität genießen, um den Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Entwicklung über den Sport zu ermöglichen.

Die Förderung der Kleinsten in der Kita mit Spiel, Sport und Bewegung wird von uns als elementare Aufgabe betrachtet, eine Weiterentwicklung von bewegungsfreundlichen Gestaltungen von Pausenhöfen an Schulen wird ausdrücklich befürwortet.

Neue Kooperationsformen zwischen Schulen und Sportvereinen, die das Ziel verfolgen, Kinder und Jugendliche an das örtliche Sportangebot heranzuführen und räumliche Engpässe zu überwinden, werden nachhaltig unterstützt. Die Bereitstellung der notwendigen Sportstätten für bereits bestehende Projekte wie verschiedene Schul-AGs, Pakt für den Nachmittag, das Regionale Talentförderzentrum und das Förderprogramm „Schule und Verein“ des Landessportbundes Hessen sollen fortgeführt werden.

Gemeinsam mit den Schwimmvereinen und der DLRG und den Stadtwerken wollen wir, für jedes Kind in Gießen eine Schwimmgrundausbildung auf dem Weg bringen.

Sportkommission

Wir sehen die Sportkommission als wichtigen Ort des institutionalisierten Austausches zwischen Politik, Verwaltung und Sportermöglicher:innen in unserer Stadt. Diesen Austausch möchten wir weiter pflegen und wichtige sportpolitische Entscheidungen mit den sachkundigen Einwohner:innen gemeinsam vorbereiten. Wie bei der Besetzung anderer Gremien und Kommissionen möchten wir eine Quote einführen, die sicherstellt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt vertreten sind. Außerdem sollen in der Sportkommission auch Vertreter:innen des nichtorganisierten Sports Gehör finden. Die Arbeit der vom Stadtparlament eingesetzten Sportkommission ist transparent.

Darüber hinaus wollen wir mindestens einmal im Jahr eine Sportkonferenz einberufen, an der alle Sportvereine mit den politisch Verantwortlichen in den Austausch kommen. Neben der ständigen Sportkommission können so Anliegen der Vereine direkt mit den politisch Verantwortlichen besprochen werden.

Sporträume

Der Erhalt der Sportflächen, das Schaffen neuer Flächen, sowie die ggf. anfallende (energetische) Sanierung von Sportstätten sehen wir als eine der Hauptaufgaben in den nächsten Jahren.

Die Koalition sieht es als grundlegende Aufgabe, Sport- und Bewegungsangebote im gesamten Stadtgebiet zu erhalten und weiter auszubauen und will daher in neue Sportstätten und Sportplätze investieren und dabei ggf. Landes- und Bundesmittel zur Finanzierung mit heranziehen. Wir wirken auf die Barrierefreiheit unserer Sportstätten hin. Hierzu gehört, dass auch diejenigen, die sich nicht vereinsgebunden bewegen wollen, ausreichende Möglichkeiten finden. Sport findet nicht nur in ausgewiesenen Sportstätten und Sporthallen statt. Wir möchten, dass die Stadtplanung immer die Bewegungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum im Blick hat.

Für die nachhaltige Weiterentwicklung von Sportanlagen ist vorgesehen, bei Bedarf bei bestimmten Projekten wie bereits bei den Projekten „Mountainbikestrecke Schiffenberg“, „Skate-Plaza Ringallee“ und bei der „Streetworkoutanlage“ im Stadtpark Wieseckaue die erfolgreich umgesetzte Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Umsetzung von einzelnen Maßnahmen zu realisieren.

Selbstverständlich bleibt die Nutzung der städtischen Sportstätten für Gießener Vereine weiterhin kostenfrei. Darüber hinaus wollen wir die Gebühren- und Endgeldordnung für städtische Sportstätten und –hallen überarbeiten.

Integration und Inklusion

Es bleibt auch für die Zukunft unsere Aufgabe, uns bei den Sportvereinen für eine stärkere Öffnung für benachteiligte und im Sport bisher unterrepräsentierten Gruppen einzusetzen. Insbesondere für die Zielgruppen der Menschen mit Einschränkungen, älteren Menschen, Menschen mit besonderen sozialen Problemen und Menschen aus sozial benachteiligten Quartieren, die bisher noch keine Angebote des Vereinssports wahrgenommen haben, sollen bessere Teilhabechancen eröffnet werden. Hierfür ist vorgesehen, gezielte Angebote in diesen Quartieren zu initiieren, die den Organisationsgrad an Sport-Vereins-Mitgliedern in bestimmten Zielgruppen positiv verändern hilft. Förderprogramme für spezielle Bevölkerungsgruppen (wie etwa das Landesförderprogramm „Sport und Flüchtlinge“) sollen, wenn möglich, genutzt werden. Vereine wollen wir darin unterstützen sichtbare und unsichtbare Barrieren auf dem vereinseigenen Gelände und den eigenen Gebäuden abzubauen. Darüber hinaus werden wir uns für die Schaffung weiterer Sport- und Bewegungsangebote für Jugendliche, aber auch für Ältere, einsetzen.

Vereine als prägende Struktur des Sports

Die Sportvereine bilden mit den aufgebauten Strukturen und dem riesengroßen Engagement der zumeist ehrenamtlichen Akteure in all seinen Facetten generationenübergreifend und über soziale Grenzen hinweg für den organisierten Sport in Gießen das Herzstück. Daher gilt der intensiven Unterstützung unserer Vereine auch zukünftig unsere besondere Aufmerksamkeit. Unter den Vorgaben der Gießener Sportförderrichtlinie soll den Gießener Sportvereinen auch weiterhin so unbürokratisch wie möglich Unterstützungen für Zuschüsse für vereinseigene Investitionsvorhaben, für Jugendsportförderung, für Betriebskosten bzw. Instandsetzungsarbeiten, für Mieten und Pachten, für Sportveranstaltungen mit überörtlicher Bedeutung, zum Kauf von langlebigen Sportgeräten oder für Fahrten zu Meisterschaften gewährt werden.

Sportveranstaltungen

Die Koalition unterstützt ausdrücklich die bestehenden Sportveranstaltungen in unserer Stadt, wie zum Beispiel „Gießen TANZT!“, die Pfingstregatta, das „Run ‚n Roll for help“, das „Radrennen rund ums Stadttheater“, „Sport in der City“. Diese und weitere Veranstaltungen wollen wir auch weiterhin unterstützen und fördern. Dabei wollen wir mit den Veranstalter:innen gemeinsam noch stärker auf Nachhaltigkeitsaspekte schauen. Vom Catering über Logistik, von Sonderbussen hin zu temporär aufgestellten Fahrradständern wollen wir die Veranstalter dabei unterstützen, ihre Veranstaltungen noch umweltbewusster durchzuführen.

Förderung des Leistungssports

Zusätzlich zur Förderung des Breitensports, der eine zentrale Rolle in der Stadt Gießen spielt, hat auch die Förderung des Leistungssports für uns in einer Stadt wie Gießen mit seinen oberzentralen Aufgaben eine besondere Bedeutung. Unabhängig von Förderinstrumenten von Bund und Land fördert die Stadt Gießen die Partnervereine des Leistungssports. Diese haben eine besondere Aufgabe, denn erfolgreiche Gießener Sportler:innen, die Sport als Leistungssport betreiben, sind würdige Aushängeschilder für unsere Stadt und nehmen eine Vorbildfunktion für jugendliche Sportler:innen wahr.

Zur Sicherung und Weiterentwicklung des Basketballstandortes Gießen wird die Auswertung der Machbarkeitsstudie für eine Multifunktionsarena sowie andere Optionen geprüft. Auch das Engagement der überregional erfolgreichen Fußballvereine mit der Jugendabteilung der TSG Wieseck und dem FC Gießen nach seinem aus Gießener Sicht erfreulichen Liga-Verbleib bei seinem Regionalliga-Engagement im Waldstadion soll weiterhin gefördert werden. In anderen Sportsparten wird von Gießener Sportvereinen ebenfalls erfolgreich Leistungssport betrieben (beispielsweise in den

Sportarten Tanzen, Power Lifting, Radsport, American Football, Kegeln, Bowling und Rudern). In diesen Bereichen sollen auch in Zukunft notwendige Beiträge geleistet werden.

Klimagerechte und soziale Stadtentwicklung

Wir setzen das Prinzip des Vorrangs der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung konsequent um. Eine Nachverdichtung erfolgt insbesondere in ehemals gewerblich genutzten Flächen, verbunden mit einer intensiven Durchgrünung dieser Gebiete. Um die Lebensqualität zu stärken wollen wir die Grünflächen und Freizeitflächen einschließlich der Sportstätten sichern und attraktiv gestalten.

Wir wollen

- den Weg entlang der Wieseck zwischen Bleichstraße, Goethestraße, Bahnhofstraße und Lahnstraße neu und barrierefrei gestalten.
- die Wieseck dort naturnäher gestalten wie schon zwischen Rathaus und Moltkestraße.
- in Höhe Bismarckstraße eine Querung über die Südanlage schaffen und den Theaterpark öffnen. Dadurch schaffen wir für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen eine direkte Verbindung in die Fußgängerzone.
- den noch brachliegenden Platz am Jobcenter in der Lahnstraße als Fernbusbahnhof und zur Entlastung des Bahnhofvorplatzes als Haltestelle für neue lokale und regionale Linienführungen nutzen und die Verlängerung der Gleisunterführung hin auf diesen neuen „Bahnhofvorplatz Süd“ umsetzen.
- den Brandplatz unter Einbeziehung der Schlossgasse und der Marktlaubenstraße umgestalten und damit die Nutzung als Parkplatz beenden.
- die Sanierung der Kongresshalle weiterführen.
- die Öffnung im Baugesetzbuch nutzen und wo es möglich ist, Dachgeschosse ausbauen, ein zusätzliches Geschoss auf vorhandene Gebäude setzen u.ä.
- die Handlungsempfehlungen des Wohnraumversorgungskonzeptes der Stadt Gießen umsetzen.
- die Bürger:innen mit ihren Wünschen und Bedürfnissen besser einbeziehen.
- keine Wettbüros und Spielhallen in der Innenstadt. Wir lehnen das Geschäftsmodell der Prostitution ab. Wir wollen alle unsere Möglichketen nutzen, um die Prostitution einzuschränken.

Wir wollen die Revitalisierung der alten Ortskerne in den Stadtteilen durch ein Dorferneuerungsprogramm fördern (SWS Kreis nutzen): Zuschüsse für die Sanierung alter Gebäude im Ortskern.

Gewerbeflächen

Wir wollen

- das Brauhausgelände für wohnverträgliches Gewerbe und Wohnen entwickeln.
- die Gewerbefläche Katzenfeld (Umspannwerk Weststadt) entwickeln.
- die Fläche zwischen dem Gewerbegebiet Dutenhofen (Handelshof) und Bahndamm Allendorf als kleines interkommunales Gewerbegebiet Wetzlar/Gießen entwickeln.
- keine weiteren Gewerbeflächen in Lützellinden ausweisen oder erschließen.
- Das ehemalige Gail-Gelände als Gewerbe- und Industriefläche reaktivieren.

Wir wollen keine weiteren Logistik-Center in Gießen ermöglichen.

Wohnungsbau

Für die Erreichung unserer Klimaziele wollen wir die vorhandenen Wohnflächen effizienter nutzen.

- wir unterstützen, wenn Menschen aus ihrer zu großen Wohnung in eine kleinere umziehen wollen.

Wir wollen

- den Bau von altersgerechten Wohnungen fördern.
- dass städtische Grundstücke für den Geschosswohnungsbau insbesondere für die Wohnbau GmbH zukünftig in der Regel in Erbbau vergeben werden.
- dass Baugenossenschaften und Baugemeinschaften mehr Raum gegeben wird.
- dass die Stadt Gießen - im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten - das Vorkaufsrecht für Immobilien, die von Bedeutung für die Stadtentwicklung sind, wahrnimmt.
- einen qualifizierten Mietpreisspiegel für die Stadt Gießen erstellen.

Unsere Natur in der Stadt

Neben den Gebieten, in denen der Naturschutz Vorrang hat (Naturschutzgebiete, FFH- Gebiete, Vogelschutzgebiete), bieten auch die Grün- und Parkflächen in der Stadt Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Außerdem sind sie Treffpunkt und Erholungsgebiete für die Menschen in der Stadt. Mehr Grünflächen bieten zusätzlich die Chance, mehr CO_2 zu binden und die Stadt gegen den Klimawandel zu rüsten sowie die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu steigern. Daher wollen wir

- Grünflächen in der Stadt entwickeln und auf hohem Niveau weiter pflegen. Das bedeutet, wir wollen unter anderem an den öffentlichen Plätzen der Stadt neue Grünflächen anlegen, die durch gesteuertes Grünflächenmanagement nicht nur die Aufenthaltsqualität erhöhen, sondern auch einen Beitrag zum Naturschutz im städtischen Raum leisten.
- Hauseigentümer:innen unterstützen, die ihr Dach begrünen wollen.
- dafür werben, Fassaden oder den eignen Balkon zu begrünen und die Menschen dabei unterstützen. Daher wollen wir Das Projekt „Zukunft Stadtgrün“ weiter fortsetzen und eine Erweiterung auf andere Stadtgebiete prüfen.
- innovativen Ideen in der kommunalen Grünflächengestaltung („Gießener Mischung") weiter unterstützen.
- In der Stadt mehr entsiegelte Flächen schaffen.

Umwelt- Natur und Tierschutz

Der Schutz der Natur und unserer Umwelt ist uns ein zentrales Anliegen. Der Schutz unserer endlichen, natürlichen Ressourcen und deren nachhaltige und sparsame Nutzung ist für uns eine zentrale Aufgabe. Den größten Einfluss darauf hat eine Stadt wie Gießen über eine umweltgerechte Stadtentwicklung und die Steuerung des Verkehrs.

Wir wollen daher

- die Vorrangflächen für den Naturschutz in den Auen, im Wald, in den Wiesen und Streuobstbeständen erhalten, pflegen und nach Möglichkeit neue Flächen ausweisen.
- den Stadtwald erhalten, klimagerecht aufforsten, nach FSC-Kriterien bewirtschaften und den Naherholungswert steigern
- städtische, landwirtschaftlich genutzte Flächen bevorzugt an ökologisch wirtschaftende Landwirte verpachten.
- die Wichtigkeit der Landwirtschaft deutlich machen und den Stellenwert der Haupt- und Nebenerwerbslandwirt*innen stärken, zum Beispiel durch einen Landwirtschaftstag in Gießen

und die Direktvermarktung stärken, beispielsweise durch die Erhaltung und Unterstützung des Bauern-/Wochenmarkts (Siehe Teil Wirtschaft).

- Initiativen zum „Urban Gardening“ weiter fördern und ausbauen. Wir wollen, dass neue Projekte geschaffen, unterstützt und als niedrigschwellige Begegnungsstätten genutzt werden.
- den Ankauf von Grundstücken entlang der Lahn fortsetzen und das Lahn-Ufer als Natur- und Erholgungsraum weiterentwickeln.
- eine weitere Verbesserung der Gewässergüte der Lahn und anderer Gewässer im Stadtgebiet und wollen dazu auch mit Gemeinden am Oberlauf der Gewässer zusammenarbeiten.
- die noch vorhandenen Hochwasserstauräume sichern und wo immer möglich neue Retentionsflächen schaffen. Dazu wollen wir das Konzept der Schwammstadt umsetzen und Flutmulden auch im Wald umsetzen.
- bei Neubauten ein Zwei-Leitungssystem zur Brauchwassernutzung fördern.

Wir möchten in der Stadt Gießen mehr Verantwortung für das Leben und den Schutz von Haus- und Nutztieren übernehmen. Daher wollen wir

- die finanzielle Situation des Tierheims verbessern
- eine Katzenschutzverordnung erlassen, die die notwendigen finanziellen Ressourcen dafür bereitstellt, die Vermehrung freilebender Katzen zu verhindern und die Situation freilebender Katzen zu verbessern.
- die Zahl der Tauben zu reduzieren, ohne sie zu jagen und die vorhandenen Tauben veterinär behandeln lassen, um ihnen ein würdiges Leben zu ermöglichen.
- die Zusammenarbeit zwischen Tierschutzprojekten und Bildungseinrichtungen fördern, mit dem Ziel, in mindestens drei Kitas und Schulen Kooperationen wie jährliche Projekttage mit einer Tierschutzeinrichtung stattfinden zu lassen.

Wirtschaftsförderung – Für Zukunftsfähigkeit und eine ökologisch-soziale Transformation

Durch kommunale Wirtschaftsförderung kann und muss eine ökologisch-soziale Transformation der städtischen Wirtschaftspolitik wesentlich gestaltet werden. Dabei soll sich Wirtschaftsentwicklung nicht allein auf Gewerbeansiedlung und Bestandspflege fokussieren, sondern einen umfassenden Ansatz insbesondere vor dem Hintergrund des gemeinsamen Zieles der grundrechtlich notwendigen Klimaneutralität verfolgen. Deshalb werden besonders Ideen gefördert, die eine nachhaltige wirtschaftliche Dynamik sowie den Umbau und Paradigmenwechsel zu einer ökologisch-sozialen Wirtschaftspolitik vorantreiben. Dabei soll die Entkopplung von wirtschaftlichem Wohlstand und Ressourcenverbrauch im Sinne einer zukünftigen Klimaneutralität erreicht werden. Daher sollen insbesondere Unternehmen unterstützt werden, die hieran mitwirken. Das Ziel ist die Schaffung und Sicherung von sicheren, zukunftsfähigen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für verschiedene Qualifikationsniveaus. Des Weiteren muss darauf hingewirkt werden, die Möglichkeiten der Ausbildung und Weiterqualifizierung für Arbeitssuchende zu verbessern, sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte zu initiieren und durchzuführen. Insbesondere für Frauen sollen die gleichen Chancen beim Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen werden, sowie benachteiligten und diskriminierten Menschen eine besondere Unterstützung zukommen.

Vorteile der Hochschulen verstärkt nutzen

Gießen hat seine Stärken in Forschung und Wissenschaft mit den Hochschulen und dem Universitätsklinikum als wichtige Wirtschaftsfaktoren. Studierende und universitäre Beschäftigte in Gießen zu halten und Hochschulabsolvent:innen adäquate Arbeitsplätze zu bieten, ist gleichzeitig Chance und Aufgabe der städtischen Wirtschaftspolitik. Die Entwicklung der Universität und der Technischen Hochschule Mittelhessen soll weiterhin aktiv gefördert werden, insbesondere bei der baulichen Entwicklung.

Für die Region bietet sich der universitäre Schwerpunkt der Lebenswissenschaften als sinnvolle Ergänzung und Erweiterung des Branchenclusters an. Für die Ansiedlung weiterer Forschungsinstitute bestehen in diesem Bereich noch viele Potentiale. Städtische Wirtschaftspolitik muss diesen Schwerpunkt nutzen und Möglichkeiten fördern, die universitär gewonnenen Erkenntnisse in neue Produkte und Dienstleistungen für die Gesellschaft umzusetzen. Gießen soll ein Gründer:innenzentrum für angewandte Biotechnologie werden. Städtische Wirtschaftsförderung wird die Existenzgründung neuer Unternehmen als Ausgründung aus dem Bereich universitärer Forschung aktiv betreiben und unterstützen.

Mit dem Universitätsklinikum Gießen-Marburg und zahlreichen weiteren Krankenhäusern mit stationärer, teilstationärer und ambulanter Versorgung sowie einer guten, teilweise bereits vernetzten ambulanten Versorgungsdichte bietet die Region Mittelhessen hervorragende Voraussetzungen für den Bereich der Gesundheitsdienstleistungen. Diese sollen ein weiterer Schwerpunkt der Gründung von neuen Betrieben und Dienstleistungen werden.

Förderung des Technologietransfers aus den Hochschulen

Das technologieorientierte Gewerbegebiet „Europaviertel“ und das „Technologie und Innovationszentrum Gießen“ haben den Technologietransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft maßgeblich beeinflusst und gleichzeitig attraktive Ansiedlungsmöglichkeiten für technologieorientierte Unternehmen geschaffen. In unmittelbarer Nähe zum „Fraunhofer Institut für Molekularbiologie und angewandte Ökologie“ entsteht der neu geplante Technologie- und Gewerbepark „Leihgesterner Weg“. Dieser Standort bietet besonderes Potenzial für Synergien zwischen Universität, Forschungsinstitut und Unternehmen, die von der Stadt aktiv gefördert werden sollen.

Zwischen den Hochschulen, insbesondere der Technischen Hochschule Mittelhessen, und den Stadtwerken Gießen existieren zahlreiche Kooperationsprojekte, die im Bereich von Forschung und Entwicklung angesiedelt sind und innovative und zukunftsfähige Energiekonzepte zum Ziel haben. Um derartige Kooperationen zu stärken und auszubauen und die Ergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, wird ein Zentrum für angewandte Forschung und Wissenschaft initiiert, durch das unter anderem die Hochschulen, die Stadtwerke AG und Unternehmen Impulse für die Technologieentwicklung in der Region geben.

Neuansiedlung von Handel und Gewerbe

Bei Neuansiedlungen soll auf ökologische und soziale Standards geachtet werden. Es wird auch in Zukunft Ziel bleiben, ein attraktives Angebot für Neuansiedlungen bereit zu halten und gleichzeitig den heimischen Unternehmen weitere Wachstumsmöglichkeiten zu bieten. Insbesondere die Ansiedlung und ein Halten von klein- und mittelständischen Unternehmen soll weiter gefördert werden. Zur Verhinderung von ökologischer Landschaftsversiegelung müssen sinnvolle Kooperationen gesucht und vorhandene Flächen landschafts- und ressourcenschonend neu beplant und genutzt werden.

Dafür bieten sich Flächen am Rande der Stadt, wie das Katzenfeld im Westen, sowie die Reaktivierung brachliegender Industrieflächen, wie das ehemalige GailGelände, auf dem keine Wohnbebauung angestrebt ist, an. Das ehemalige Brauhausgelände soll als Mischgebiet das Nebeneinander von

Wohnen und wohnverträglichem Gewerbe ermöglichen. Neue Gewerbegebiete müssen genauso wie Wohngebiete das Gebot der Klimaneutralität beachten. *[Link zu Stadtentwicklung]*

Attraktive Gewerbegebiete für nachhaltiges Wirtschaften erfordern auch Festlegungen für die Bebauung, die den Anforderungen an nachhaltiges Handeln gerecht werden. Bebauungspläne, städtebauliche Verträge und Konzeptvergaben ermöglichen Rahmensetzungen unter anderem für Energiekonzepte, den Anschluss an Fernwärme, die Nutzung von Photovoltaik beziehungsweise Solarthermie, Gründächer und Regenwassernutzung. Diese Möglichkeiten sollen offensiv genutzt werden, damit besonders nachhaltig wirtschaftende Unternehmen für Ansiedlungsflächen angezogen werden können.

Die Stadt wird sich weiter gegen ein Gewerbegebiet Pfaffenpfad, welches bis an die Gießener Ortsgrenze heranragen soll, einsetzen.

Für eine Gründer:innenszene in Gießen

Insgesamt soll in Gießen eine Gründer:innenszene im Bereich Kreativwirtschaft, Biotechnologie und Gesundheitswesen geschaffen werden. In diesem Zusammenhang soll in Gießen ein Kulturgewerbehof auf dem Gebiet der ehemaligen Feuerwache gegründet werden. Dazu gehört intensives „Networking“ der Wirtschaftsförderung, insbesondere sollen regelmäßig Begegnungen geschaffen werden zwischen Universität, Gewerbe und Investor:innen und entsprechende Kontakte vermittelt werden. Monatliche Begegnungsforen sind zu etablieren und neue Formen der Zusammenarbeit (zum Beispiel von „co-working spaces“) aufzubauen.

Gleichbleibender Gewerbesteuerhebesatz

Gießen hat mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 420 im Vergleich zu den Umlandgemeinden und den mittelhessischen Städten wie Wetzlar (390) und Marburg (400) einen relativ hohen Satz. Dieser Hebesatz wird stabil gehalten.

Interkommunale Zusammenarbeit

Interkommunale Projekte mit Nachbarkommunen bieten weitere Möglichkeiten, die Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung der Region zu stärken und gemeinsam auf Klimaneutralität hinzuwirken. Zukünftig wird es verstärkt darauf ankommen, dass Gewerbeansiedlung, Flächen und Siedlungsmanagement sowie Standortmarketing in Strukturen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen. Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bietet hierfür eine gute Grundlage, die es weiter zu nutzen gilt. Gleichzeitig muss sich Gießen seiner besonderen Rolle in der Region bewusst sein und gemeinsam mit den anderen beiden Oberzentren Wetzlar und Marburg kooperieren, um die

Bedarfe Mittelhessens gegenüber Land und Bund verstärkt vorzubringen und die wirtschaftliche Entwicklung der Region stärken zu können.

Das Engagement der Stadt Gießen im Bund der Metropolregion Rhein-Main wird konsequent fortgesetzt.

Unterstützung und Transformation innerstädtischer Einkaufsstrukturen

Der städtische Handel als zentralen Akteur mit der Gießen Marketing und den BIDs sind als bewährte Strategien weiter zu unterstützen, insbesondere im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität sowie der Nachhaltigkeit von Unternehmen. Das Konzept eines fußgängerfreundlichen, autoarmen Verkehrs innerhalb des Anlagenrings wird die Innenstadt attraktiver machen und den dortigen Handel beleben.

Gemeinsam mit den BIDs und weiteren Innenstadtakteur:innen soll Gießen als Einzelhandelsstandort gestärkt werden. Dabei spielen für das kommende Jahrzehnt Antworten auf den zunehmenden Onlinehandel, die Klimaorientierung des Innenstadtverkehrs und die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt eine dominierende Rolle.

In Gießen sollen sich Bausteine des Online-Handels mit dem stationären Handel verbinden, um online und analoge Modelle intelligent zu verknüpfen für einen MultiChannel-Handel. Dazu gehören ebenso die Unterstützung und Bewerbung der Online Plattform des lokalen Handels im Rahmen städtischer Möglichkeiten.

Eine attraktive, nachhaltige Innenstadt bietet Raum für Fußgänger:innen und Radverkehr, sie ist gut an den ÖPNV angebunden und bietet Parkflächen am Rand und in Parkhäusern. Hochwertige Aufenthaltsflächen sollen frei von Parken und Parksuchverkehr und stattdessen begrünt werden. Dies wird der Einkaufsstadt Gießen nutzen und den Einzelhandel stärken.

Dem stetig zunehmenden Lieferverkehr in der Stadt soll mit Konzepten für eine neue urbane Logistik begegnet werden, die zum Ziel haben, auf der so genannten letzten Meile den Transport und die Anlieferung effizienter und umweltschonender zu gestalten, beispielsweise indem Flächen für Mikro-Depots geschaffen werden und die Anlieferung und Auslieferung von Waren verstärkt mit Lastenfahrrädern und E-Fahrzeugen erfolgt.

Gerade der stationäre Handel braucht attraktive und erlebnisreiche Umgebungen, um wettbewerbsfähig zu sein. Deshalb werden in der Innenstadt die Fußgängerzonen gestärkt und ausgebaut, Grün- und Erholungsflächen durch städtebauliche Maßnahmen besser für Besucher:innen sichtbar gemacht und durch gut erreichbare vielfältige kulturelle Angebote im Innenstadtbereich dafür

gesorgt, dass Besucher:innen in einem Mix von Einkaufen, Entspannen, Gastronomie und Kultur Gießen als attraktives, begrüntes Ziel erleben, das für alle Gruppen viel zu bieten hat.

Dazu wird ein Ideenwettbewerb gestartet, der hierzu Vorschläge für ein systematisches Rahmenkonzept einer innerstädtischen Transformation hervorbringen soll. Dabei geht es auch darum, auszuloten, inwiefern die – nicht nur durch Corona angestoßenen – Entwicklungen in der Innenstadt (wie beispielsweise der Online-Handel, Leerstände, sinkende Besucher:innenzahlen) durch eine Verzahnung von Innenstadt und Kulturförderung zum beiderseitigen Nutzen positiv gewendet werden können. Dabei sollen auch Anstöße der Interessenvertretung der freien Kulturszene einbezogen werden und neue Orte für Musikkonzerte aller Art gefunden werden.

Diese Prozesse sollen in enger Zusammenarbeit mit den BIDs und weiterer Kooperationspartner:innen erfolgen.

Bewältigung der Folgen der Pandemie für Gastronomie und Handel

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen besonders den innerstädtischen Handel und die Gastronomie und führen schon jetzt zu Geschäftsschließungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Die Stadt Gießen hat daher über die Bundes- und Landeshilfen hinaus mit einem städtischen Hilfsprogramm im Winter 2020/21 Unterstützung angeboten.

Zur Belebung des Einzelhandels wird zur Folgenbewältigung der Pandemie gemeinsam mit den BIDs die überregionale Werbeaktion weiterentwickelt, sowie weitere Aktionen in Partnerschaft mit Einzelhandel, BIDs und Gießen-Marketing, aber auch Gastronom:innen und Kulturschaffenden entwickelt werden.

Gemeinsam mit Vermieter:innenn und BIDs ist es in der Vergangenheit häufig gelungen, Leerstände, die leider entstehen, für attraktive temporäre Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Gießen wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, Übergangskonzepte und Pop-up-Stores zu nutzen.

Unterstützung der städtischen Landwirtschaft

Die Direktvermarktung von landwirtschaftlichen Produkten in örtlichen Lebensmittelläden soll vermehrt unterstützt werden und hierfür Plattformen geschaffen werden, wodurch insbesondere der Absatz von ökologischen, lokalen Lebensmitteln gestärkt wird. Die regionale Wertschöpfung wird durch die Förderung von Unternehmen, die auf regionale Stoffkreisläufe setzen, unterstützt. Durch Öffentlichkeitsarbeit, Kooperationen und Vernetzungsmöglichkeiten wird den landwirtschaftlich Tätigen Raum zur Vermarktung ihrer Produkte sowie Vorstellung der Herstellungsprozesse und Austausch hierüber untereinander und mit der Bevölkerung als potentielle Kund:innen ermöglicht.

Förderung von nachhaltigem, zukunftsfähigem Tourismus

Stadt und Region bieten ein vielfältiges Angebot an landschaftlichen, kulturellen und geschichtlichen Highlights. Die Stadt Gießen setzt sich für eine regionale Stärkung, insbesondere des umweltfreundlichen und nachhaltigen, Tourismus ein, der dieses Angebot erfahrbar macht. Die touristischen Attraktionen Lahn (Kanutourismus), überregionale Radwege, Mathematikum, Liebigmuseum und Stadtpark müssen stärker beworben und genutzt werden.

Deshalb sollen diese durch Informationsangebote an den „Ankunftsorten“ wie Bahnhof und Fernbushaltestellen und an den Eintrittspforten der überregionalen Radwege unterstützt werden. Ebenso soll die Wegweisung in der Stadt und die Nutzung neuer Medien zur Orientierung und Information mit der Anbindung der Innenstadt und Kleinlinden an überregionale Radwege ausgebaut werden. Es sollen außerdem spezielle Angebote für Radtourist:innen wie zertifizierte „Bed and Bike“ Gastbetriebe geschaffen werden und Leihräder an allen wichtigen Plätzen verfügbar sein.

Mit einem weiteren konsequenten Ausbau der Tourismusaktivitäten, gemeinsam mit dem Landkreis, –unter Beachtung des Ziels der Klimaneutralität – können weitere attraktive Arbeitsplätze in Gastronomie und Übernachtungsgewerbe entstehen. Dabei geht es auch um neue Angebote eines sanften Tourismus und um eine verstärkte überregionale Werbung für besondere Sehenswürdigkeiten und kulturelle Orte der Stadt.

Tourismusförderung heißt auch, etwa die weit über Gießen hinausreichenden Festivals wie „Stadt ohne Meer“, der „Gießener Kultursommer“, aber auch die Programme des Stadttheaters oder der Kunsthalle mit weiteren touristischen Angeboten wie etwa dem Wassersport auf der Lahn oder Fahrradtouren und Wanderungen zu verbinden, um Gießen überregional zu positionieren.

Darüber hinaus sollen weitere Wohnmobilstellplätze zentrumsnah geschaffen werden. Die Stadt wird sich dafür einsetzen, dass es zukünftig in Gießen eine Jugendherberge im Meisenbornweg gibt.

Stärkung der Beteiligung von Bürger:innen

Als Keimzellen der Demokratie ist Bürger:innenbeteiligung in Kommunen und Städten von besonderer Bedeutung. Die Stadt Gießen war schon immer eine Stadt der Bürgerbeteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements. Angesichts der zukünftigen bedrohlichen Entwicklungen infolge des Klimawandels stellt die Bürgerbeteiligung zur Umsetzung des bedeutsamen Beschlusses 2035Null-klimaneutrales Gießen ein essentiell wichtiges Projekt dar. Denn nur, wenn die politischen Verantwortungsträger:innen, die Verwaltung und die Bürger:innen gemeinsam handeln, kann die Erreichung dieses ambitionierten Ziels gelingen. Das Engagement für Klimaneutralität stellt ein Paradebeispiel dafür dar, was die Bürgerbeteiligungssatzung ermöglicht.

Möglichkeiten der Beteiligung und Mitwirkung

Die Stadt Gießen hat stets Formate der Beteiligung geschaffen und ausgebaut. In der Vergangenheit wurde der Ausländerbeirat, der Seniorenbeirat und der Beirat für Menschen mit Behinderungen eingeführt. Die Ortsbeiräte wurden durch Antrags- und Rederecht in der Stadtverordnetenversammlung gestärkt. Die „Runden Tische“ und Stadtteilgremien im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ im Flussstraßenviertel, der Nördlichen Weststadt und dem Eulenkopf stellen weitere wichtige Formate da.

Erweiterte offene Formen der Beteiligung gerade auch in Stadtentwicklungsprozessen, der Schulentwicklungsplanung, von der Altenhilfeplanung über die Kulturentwicklungsplanung, den Kulturgewerbehofprojekt, das Wohnraumversorgungskonzept bis hin zu Bau- und Planungsprojekten sind ein selbstverständlicher Bestandteil des kommunalpolitischen Prozesses. So auch die seit über 20 Jahren bestehenden Lokale Agenda 21-Gruppen, in denen sich interessierte Bürger:innen für eine nachhaltige Stadtentwicklung – differenziert nach unterschiedlichen Themen – einsetzen.

Auch für Kinder und Jugendliche bestehen Partizipationsmöglichkeiten wie beispielsweise das Programm „Jugend im Rathaus“ und das Stellen eines Bürger:innenantrags, was für Jugendliche und Kinder ab 8 Jahren möglich ist. Darüber hinaus gibt es Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Jugendbildungswerks, Partizipationsprojekte in Kitas insbesondere in Kooperation mit dem Kinderschutzbund sowie Mitwirkungsangebote im Rahmen der Planungen von Spielplätzen durch das Gartenamt bei deren Gestaltung. Derartige Beteiligungsmöglichkeiten und Projekte zur Mitbestimmung und Mitgestaltung durch junge Menschen sollen eine Stärkung erfahren.

Mit der 2014 verabschiedeten Bürgerbeteiligungssatzung – die in Hessen und darüber hinaus bisher beispiellos ist – wurden vorhandene Instrumente leichter zugänglich, verstärkt und neue hinzugefügt. Und vor allem werden all diese zugänglicheren, verbesserten oder auch neuen Instrumente durch eine

Satzung garantiert. Die Bürger:innen treten Politik und Verwaltung damit als gleichberechtigte Partner:innen gegenüber. Zwar wird die Satzung seither in allen ihren Teilen sehr lebhaft und erfolgreich angewendet; aber noch ist die gerichtliche Überprüfung deren Rechtmäßigkeit nicht abgeschlossen. Sollte der Verwaltungsgerichtshof entscheiden, dass die Satzung teilweise rechtswidrig ist, sollen die entsprechenden Teile der Satzung an die Vorgaben des Gerichts angepasst werden, die Satzung aber im Übrigen bestehen bleiben.

Über diese bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten sollen Bürger:innen verstärkt informiert werden, um auf mehr Wissen über die Beteiligungsverfahren zurückgreifen zu können und hierdurch den Zugang zu Mitwirkungsbereichen und Engagement zu erleichtern.

Zukünftige Beteiligungsmöglichkeiten – Das Bürger:innengutachten

Neben den bestehenden Möglichkeiten sollen in Zukunft zusätzlich neue Wege der Bürgerbeteiligung entstehen. Hierzu werden die bisherigen Strukturen der Bürger:innenbeteiligung aufgegriffen und weiterentwickelt, insbesondere das neugeschaffene Instrument der Beteiligungssatzung soll aktiv gestaltet und evaluiert werden. Darüber hinaus werden weitere, neue Formen der Bürger:innenbeteiligung in Gießen eingeführt, vor allem solche, in denen auch ein breiter Querschnitt der Bevölkerung zu Wort kommt, wie das Bürger:innengutachten. Ein Bürger:innengutachten enthält die Empfehlungen von Bürger:innen zu einer bestimmten politischen Frage. In ein Bürger:innengutachten fließen die Lebens- und Berufserfahrung von vielen verschiedenen Menschen ein.

Hierzu werden die Teilnehmenden im Zufallsverfahren aus den Melderegistern gezogen. Alle Bevölkerungsgruppen sind vertreten, auch die bisher »schweigende Mehrheit«. In Gruppen von zirka 25 Personen sind sie in der Regel vier ganze Arbeitstage lang tätig. Dafür erhalten sie eine Aufwandsentschädigung. Weitere Hilfestellungen ermöglichen es, von der Arbeit und Familienaufgaben freigestellt zu werden. In der Regel arbeiten mindestens vier Gruppen, also 100 Bürger:innen, sachorientierte am gleichen Thema. Die Gutachter:innen werden von Expert:innen zu allen wichtigen Aspekten des Themas informiert. Bei strittigen Fragen referieren Fachleute mit verschiedenen Ansichten (kontroverse Information). Die meiste Arbeit geschieht in Kleingruppen zu etwa fünf Teilnehmenden. Diese werden etwa alle eineinhalb Stunden neu zusammengesetzt. Sie arbeiten frei und ohne Überwachung oder Moderation.

Das ganze Verfahren wird von einem unabhängigen Durchführungsträger vorbereitet, organisiert, durchgeführt und dokumentiert. Er stellt auch das Arbeitsprogramm zusammen, das für alle Arbeitsgruppen gleich ist, und stellt je zwei Prozessbegleitende für jede Arbeitsgruppe. Diese

organisieren einen arbeitsförderlichen, inhaltlich neutralen Rahmen für die Arbeit der Gutachter:innen. Die Empfehlungen der Teilnehmenden werden zusammengefasst, verdichtet, nochmals von Vertreter:innen der Bürger:innen geprüft und dann als Bürger:innengutachten veröffentlicht. Erst wenn das Bürger:innengutachten fertiggestellt ist, erhält es die auftraggebende Stelle, der also keinen Einfluss auf die Inhalte hat, wenn das Verfahren einmal begonnen hat. Wie mit den Ergebnissen umgegangen wird, entscheidet die auftraggebende Institution.

Als konkretes Projekt: Anbau und Herstellung regionaler Lebensmittel und deren Vermarktung im urbanen Raum.

Die Umsetzung soll mithilfe wissenschaftlicher Begleitung evaluiert werden.

Digitalisierung aktiv gestalten

Digitalisierung stellt eine Chance dar, direkt mit Bürger:innen in Kontakt treten zu können und Verwaltungsvorgänge für alle Beteiligten zu vereinfachen. Hierfür sollen – wo es möglich und sinnvoll ist – digitale Angebote geschaffen und stark ausgeweitet werden. Für diesen digitalen Wandel werden weitere finanzielle Mittel und Infrastruktur benötigt, um dem digitalen Zeitalter gerecht werden zu können und eine digitale Transformation und insbesondere Schritte zu einer umfassenden digitalen Infrastruktur für Verwaltung und Stadt umzusetzen.

Wir wollen darauf hinwirken, dass bis zum Ende des Jahres 2022 in Übereinstimmung mit dem Onlinezugangsgesetz sämtliche Verwaltungsdienstleistungen des Bürger:innenservice digital möglich sind. Darüber hinaus sollen digitale Angebote in Bereichen der städtischen Zuständigkeit und Verantwortung, wo sie sinnvoll und vereinfachend eingesetzt werden können, in den nächsten fünf Jahren geschaffen und stark ausgebaut werden.

Mit Digitalisierung gehen auch immer Herausforderungen einher. Es muss ein gleichmäßiger Ausbau der digitalen Infrastruktur für einer Versorgung mit hinreichend Internet-Bandbreite insbesondere in ländlichen Stadtteilen und Ortschaften sichergestellt werden. Der Zugang zum Internet ist für alle zu gewährleisten, unabhängig von Alter, Wohnort, Wohnform und finanziellen Möglichkeiten. Auch sollen immer analoge Möglichkeiten belassen werden für Menschen, die diese gerne wahrnehmen möchten.

Risiken durch eine digitale Vernetzung muss durch vorbeugende Maßnahmen begegnet sowie Daten und Persönlichkeitsrechte geschützt werden. Insofern ist zu überprüfen, ob die Funktion und das Aufgabengebiet des/r Datenschutzbeauftragten der Stadt Gießen aufgrund der steigenden Komplexität und der tatsächliche Arbeitsmenge eine personelle Neustrukturierung in Form einer eigenen Stelle, die sich nur diesem Thema widmet, sinnvoll ist. Insbesondere müssen darüber hinaus Kompetenzen im digitalen Bereich vermittelt werden.

Die Stadt als Arbeitgeberin soll flexibleres Arbeiten durch die Ermöglichung von Home Office an Arbeitsplätzen, an denen es realisierbar und für alle Beteiligten vorteilhaft ist, umsetzen. Denn hierdurch sparen die Beschäftigten Wegzeiten und die Mobilitätsinfrastruktur wird entlastet.

Nachhaltige und weitsichtige Finanzpolitik

Die globalen Veränderungen der heutigen Zeit stellen die Demokratie und auch die Kommunen vor besondere Herausforderungen. Um diese lösungsorientiert und nachhaltig bewältigen zu können, ist eine ökologisch-soziale Wende hin zur Klimaneutralität bei gleichzeitiger Stärkung des sozialen Zusammenhaltes notwendig. Dies wird und muss sich auch in der Finanzpolitik niederschlagen. Für einen solchen notwendigen Wandel hat auch die Stadt Gießen einen wichtigen Beitrag zu leisten, um ihrer kommunalen und grundrechtlichen Verantwortung gerecht zu werden. Um eine solche Wende effektiv gestalten zu können, ist eine zukunftsfähige und stabile Finanzpolitik für die in Gießen lebenden Menschen essentiell. Hierfür ist eine kommunale Handlungsfähigkeit notwendig, um kommunale Gestaltungsspielräume für einen Wandel nutzbar machen zu können. Dabei sind neben ökologischen Aspekten ebenfalls stets die gesellschaftlichen Implikationen zu berücksichtigen, um ein verantwortungsvolle, vielschichtige Wende zu gestalten.

Nach dem erfolgreichen Ausstieg der Stadt Gießen aus dem „Schutzschirm“-Vertrag ist es wichtig weiter diese finanzpolitische Kehrtwende und Autonomie zu erhalten und auf eine auskömmliche Finanzierung der Kommune gemäß Art. 137 Hessische Verfassung hinzuwirken. Während der Phase des Schutzschirms konnte in Gießen die Infrastruktur erhalten und weiter in den Erhalt und den Ausbau der Daseinsvorsorge, der Lebensqualität und der Attraktivität – in Gießens Zukunft – investiert werden. Momentan profitiert die Stadt von der bisherigen Geldpolitik durch geringen Zinsen für Kredite, die sich jedoch in Zukunft verändern könnten. Zu berücksichtigen sind jedoch die vergleichsweise geringen Einnahmen der Stadt Gießen durch strukturelle Gegebenheiten.

Diese Gegebenheiten wurden im Rahmen der Auswirkungen der Corona-Pandemie nochmals verstärkt und eine Vielzahl an Einbußen in den Einnahmen durch Steuern im zweistelligen Millionenbereich zu verzeichnen. Zwar wurden die Auswirkungen der Pandemie auf die Steuereinnahmen bisher weitgehend durch das Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz von Land und Bund kompensiert. Jedoch werden die finanziellen Folgen der Corona-Krise noch lange zu spüren sein und erfordern deshalb kommunale Lösungsansätze in Berücksichtigung der städtischen Haushaltslage. Durch die Konsolidierungserfolge der letzten Jahre hatte die Stadt Gießen die Möglichkeit, pandemiebedingte Hilfen zu leisten durch Förderungen, Verzicht auf Gebühren und Stundungen bei Steuerzahlungen.

Als generelle finanzpolitische Maßnahmen wird die weitere energetische Sanierung städtischer Liegenschaften mit einem entsprechenden Energiemanagement, in enger Kooperation mit dem Energiekonzept der Stadtwerke sowie eine Stadtentwicklungspolitik und nachhaltige Gewerbeansiedlungspolitik zur Verstetigung der Steuereinnahmen beabsichtigt. Außerdem soll das

städtische Forderungsmanagement verbessert werden, inklusive einer verstärkten Einforderung von Unterhaltsvorschüssen, sowie eine konsequente Parkraumbewirtschaftung.

Des Weiteren soll den Empfehlungen des Landesrechnungshof gefolgt werden und die Stellen im Beteiligungsmanagement entsprechen erhöht werden.

Investieren für ein weiterhin zukunftsfähiges und klimaneutrales Gießen

Städte und Kommunen sind die tragende Säule für eine stabile Gesellschaft. Für eine zukunftsfähige, moderne, klimaneutrale und soziale Stadt sind Investitionen und Sanierungen unabdingbar. Dem großen Bedarf an notwendigen Investitionen und Sanierungen kann die Stadt Gießen nur gerecht werden, wenn ihre Investitionskraft gestärkt wird. In den letzten Jahren zeichnete sich immer stärker ab, dass der bisherige Finanzrahmen für die erforderlichen und dringend notwendigen Investitionsbedarfe unzureichend ist.

Vor dem Hintergrund des Ziels genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen, erfolgen zukünftige Investitionen in enger Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde. Dabei soll eine Erweiterung der kommunalen Investitionsspielräume durch offensive Inanspruchnahme aller geeigneter kommunaler Förderprogramme des Bundes und des Landes erreicht werden. Weiterhin wird ein zusätzliches kommunales Investitionsprogramm von jährlich etwa 15 Millionen Euro ausgerichtet an einer Tragfähigkeitsberechnung und angepasst an die jeweilige Haushaltslage, aufgesetzt. Hierbei muss die Nettoneuverschuldung mit Zinsen und Tilgung gestemmt werden können und damit die Folgelasten in dem definierten Zeitraum der städtischen Leistungsfähigkeit entsprechen.

Unser Ziel ist es bis spätestens 2035 in einer klimaneutralen Stadt zu leben. Das heißt für uns konkret: den ökologisch-sozialen Fortschritt aktiv zu gestalten und voranzutreiben. Deshalb sind vor allem Investitionen in den zentralen Bereichen Verkehr, Bauen, Energie und Konsum unerlässlich. Auch sollen weiterhin nachhaltige Investitionen in Bildung, den sozialen Wohnungsbau, der Kinderbetreuung, Kultur- sowie Sportinfrastruktur und Digitalisierung erfolgen.

Nur so ist es möglich, auch in Zukunft weiter haushaltspolitische Handlungsspielräume zu haben, um für alle Gießener Bürger:innen die Leistungen und die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die sie in benötigen und auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt für alle zu erhalten.

Die Kreisfreiheit als zukünftige Perspektive

Die Option der Kreisfreiheit wird trotz der gesetzlichen Erschwerung der Erlangung des Status nach § 4a Abs. 1 S. 3 HGO weiter als Perspektive für die Zukunft beibehalten. Besonders im Hinblick auf eine zukünftige Stadtentwicklung mit mehr finanziellen Mitteln und mehr eigenen Zuständigkeiten für

die in Gießen lebende Bevölkerung soll dies Ziel geprüft und entsprechend vorbereitet werden. Gießen ist bereits Oberzentrum und sogenannte Sonderstatusstadt. Darüber hinaus gibt nicht nur die Einwohner:innenzahl, sondern auch die zahlreichen sozioökonomischen Rahmenbedingungen, die mit denen einer Großstadt vergleichbar sind, Anlass für den angestrebten Statuswechsel. Denn Gießen erbringt in großem Umfang Leistungen der Daseinsvorsorge und hat Aufgaben, die der einer kreisfreien Stadt entsprechen und teilweise auch für Bewohner:innen des Landkreises und der ganzen Region wahrgenommen werden.

Für einen möglichen Statuswechsel in der Zukunft soll geprüft werden, welche Folgen dieser auf die Finanzstruktur und -ausstattung (aufgabengerechte Finanzierung; KFA), die Aufgabenveränderungen, die finanzielle Be- und auch Entlastung, die rechtliche Stellung und die Entwicklungsperspektiven der Stadt Gießen hätte und welche organisatorischen Änderungen erforderlich wären.

Von einer stärkeren Finanzkraft Gießens würden auch die Kommunen im Landkreis profitieren. Die bereits vorhandene interkommunale Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, Brandschutz, Jugendhilfe u.a. könnte intensiviert und ausgebaut werden. Ziel soll insgesamt sein, die Qualität der Aufgabenerfüllung für die Bürgerinnen und Bürger in allen Kommunen des Landkreises zu erhöhen.